

Sächsische Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Dresden, Donnerstag den 5. März 1908.

Nr. 54.

19. Jahrg.

Der Reichsfinanzjammer.

Im Finanzentwickel der vorliegenden Reichskassamitter machte von jenen Tagen der Finanzminister v. Hauff bewertendwerte Minnelungen über die schwedenden Pläne der Reichsfinanzreform. Man gewann sich ja nicht, diese Pläne legt vor den Reichstag zu bringen, weil der konserватiv-liberalen Block zu gebrechlich erscheint, um jenes Gold tragen zu können. Man gewann es sich nicht, obwohl die Kasse auf den Rücken kommt, obwohl das Defizit erstaunlich gering ist, obwohl im beladenen Reichsbeamten dringlich auf die Erfüllung der ersten Verordnungen warten, die man ihnen seit mehr als Jahrzehnt, ja der Zeit, da man ihre Wahlstimmen braucht, gewünscht hat. Die heutige herrliche nationale Kanzlei gestellt ihr Unstümmel, diese wichtige Reichsfrage liegt zu klären. Man verlässt die Abgeordneten immerfort, bis zum nächsten Herbst, bis zum nächsten Jahr. Bis dahin, so hofft man, wird man den Freiheitskampf im Blod genug für sie gemacht haben, daß er fäsig geworden ist, eine „Reichsfinanzreform“ mitzumachen, wie sie die Konservatischen und Nationalliberalen möchten. Herr v. Hauff hat nun gesagt, wohin dies die Reise gehen soll.

Ruf einer Anfrage des Reichsrates Graf Törcing, ob im Reichsbeamten bestrebt, die Ersparnisse und Gehendenzen zur Erreichung dieser Absicht einzurichten, führte der bayrische Finanzminister aus:

„Es geht hier den verbündeten Regierungen leidet. Vorlagen und Zustellung einer Erdbebensteuer und Etagensteuer unterbreitet werden und in dieser Saison steht eine solche Vorlage auch nicht in Aussicht; aber auf weiter dünnes möchte er in dieser Beziehung eine Auskunft nicht abgeben. Das Reich braucht über 250 bis 333 Millionen neuer Steuern. Auch er glaubt, das man, um solche Summen aufzubringen, sich nicht an die oben schaut, sondern ebensoviel kann, sondern die breite Masse des Volkes durch Einführung indirekter Steuern heranziehen müsse, doch wäre es kaum möglich, die Verdienst dieses Bedarfs lediglich an indirekten Steuern beim Reichstag zu erreichen.“

Wenn der Reichstag weitere indirekte Steuern beschließt, so werde er sicherlich fordern, daß in irgend einer Form auch das Vermögen herangezogen werde. In diesem Falle werde dann wohl zur Einführung der Erdbebensteuer und Etagensteuer geschriften werden müssen, was gewiß der Einführung von direkten Reichstaxen immerhin noch das vertragte Verbot vorlässt. Selbstverständlich müssen vornehmlich eine Reihe von Rantzen gegen eine solche einwirkende Wirkung einer solchen Erdbebensteuer gerichtet werden. Dazu würden insbesondere gehoben die mögliche Schonung, eventuell die vollkommene Auflösung der kleinen Vermögen und eine nur mögliche Heranziehung der mittleren Vermögen; die größeren Vermögen würden dann entsprechend höher heranzuziehen, doch wäre dabei unter allen Umständen ein Unterschied zu machen zwischen Immobilien- und Mobiliarvermögen. Dem Besitzer von Immobilienvermögen bleibe in der Tat, wenn er nicht neben dem Vermögenswert auch noch bemerkliches Vermögen habe, nichts anderes übrig, als Vermögen aufzunehmen, um den Steuerbeitrag für seinen untergelegten Betrieb entrichten zu können. . . . Dies kann jedoch nur eine temporäre Auslösung über diese Frage; in welcher Form doch Steuer, wenn überhaupt jemals, den verbündeten Regierungen vorgelegt würde, darüber willte er heute noch nicht.

„Sicher besteht ja auch noch im Reichstage, insbesondere in konservativen Kreisen, keine Geneigtheit, eine solche Steuer anzupicken.“

Da der Erörterung über diese Minnelungen des Finanzministers einige der holdmöglichen bayrischen Reichstagsabgeordneten hörten auf, Reichsrat Freiherr v. Soden sprach die zehnenden Hoffnungen aus:

Viel leichter wird man aber doch zur Dokung des Defizits mit anderen indirekten Steuern auskommen können. Ich erwarte es, als ob das Vier nicht ganz leer ausgehen werde. Der Tabak muß auf alle Fälle herangezogen werden, und zwar vielleicht in höherer Menge als bisher geplant sei. Das Brannweinmonopolprojekt sei sehr zu bewilligen.

Ein anderer der Herren Reichsräte fragte, daß durch eine Ausbildung der Reichsberichtshäuser die Rätselkommission „einfach ruinieren“ würde und so fort. Alle die Wünsche und Klagen der bayrischen Industriellen und Großbauern sowie die Erklärungen des Herrn v. Hauff beweisen deutlich, was man vorhat. Es soll höchstens eine kleine Verstärkung der Reichsberichtshäuser unter allerlei Schutz- und Ratschlagsmaßnahmen für die Grundbesitzerschaft freigefüllt werden. Man legt los, daß der Reichstag es vor der deutschen Wählerheit denn doch nicht rückieren könne, ohne jedes Schönheitspädagogischen zu tun. Mit dem neuen Steuern auf indirektem Wege aus den unbenannten Volksschichten zu holen. Auf der Hauptlinie soll auf jeden Fall der Rücksicht, daß Herr v. Hauff auf weit über 30 Millionen hofft, auf Brannwein und Tabak oder auch aus dem Vier gedeckt werden! Gibt kaum man es sich noch nicht recht. Um nächsten Winter soll der persönliche Geldsack triumphiere!

Ein besonderes Kapitel des Reichsfinanzjammers bildet die Gehefterschaffung für die Reichs- und Staatsbeamten. In der Rätselkommission des preußischen Abgeordnetenhauses hat der Finanzminister v. Hauff angekündigt, daß die Beamtenvorlage bis zum Herbst, also in den neuen Banden, veröffentlicht werden müsse. Eine solche Vorlage fertigte, man könne aber die Beamtengebühren in Brünen nicht früher erhöhen, als bis das Reich auch seine Beamten höher bezahlt habe. Die bürgerlichen Parteien im Reichstag einen

neuen Wettkampf um die Beamtenkunst begonnen. Es regnet konserватiv-nationalliberale, freilinnige Interpretationen. Die beiden Parteien, die im Finanzland die volle Schuld tragen, die durch ihren fabelhaften Bevollmächtigten für andere Zwecke nicht für die Beamten übrig ließen, die außerdem durch ihre Polizeipolitik die Lebenslage der Beamten so schwer belastet haben, die beiden Parteien möchten nun den Anteil zweiten, als leiden sie die besten Sachwölter der Beamtenchaft. Am Tag sind die Beamten in einer schwierigen Lage; sie haben infolge der Verkündungen, die ihnen freiwillig gemacht wurden, für den April d. J. bestimmt auf ihre Gehaltszählerung gerechnet, und vielfach ist es unter Vorannahme der erhöhten Einnahmen Verschwendungen auf sich genommen, die sie jetzt kaum erfüllen können. Die Beamten haben sich aber vorzüglich nur bei eben den Parteien zu bedienen, die sozeitig für sie eingerichtet haben. Etwas kann für die Beamten das Notwendige geschaffen werden, wenn nicht die verbleibenden Parteien im Bunde mit der Regierung die tiefe Bereitstellung der Reichsfinanzen herbeiführen hätten.

Diele ganze Defizit- und Steuerjammer klingt wie eine Gedichte aus der Türkei, es ist aber leider in Wirklichkeit eine Gedichte aus Preußen-Deutschland, das sich selber für ein Land der munterhaften Ordnung hält!

Schlimme Zustände in Kamerun.

Raubzüge auf Kautschuk. — Drohender Zusammenbruch. — Der Sklavenhandel blüht weiter. — Nationalliberaler „Arbeitszwang“.

Mit der Beratung des Gesetzes für Kamerun begann am Mittwoch die Budgetkommission des Reichstages. Der Reichsjammer ist auf 2780 139 M. festgesetzt, 124 215 M. weniger als im Vorjahr. Die Zustände in Kamerun sind in mancher Beziehung geradezu standhaft. Große Gewalte werden in brutalster Weise durch Händler ausgeraubt und devastiert. Es wird als wertvolles Produkt neben dem Eisenbahn noch Rauchzucker ausgeschöpft. Nach dem Gummi durchziehen große Karawanen besonders den südlichen Teil des Landes. Diese Banden, an der Spitze sehr zweifelhafte weiße Elemente oder Asiate, gehen ohne Ausrüstung mit Proviant ins Innere des Landes. Um Lebensmittel zu bekommen, rauben die Karawanen die Eingeborenen aus. Hingewiesen wurde in der Kommission auch darauf, daß außäufig viele militärische Expeditionen gegen Eingeborene unternommen werden, wobei täglich dorauflos geschossen wird. Es scheint so, als wenn solche kriegerische Expeditionen von manchen Offizieren als eine Art Sport betrieben werden. Solche Offiziere erhalten durchweg Ordensauszeichnungen.

Der Staatssekretär Vernburg konnte nicht im Abrede stellen, daß absolut unhaltbare Zustände in Kamerun bestehen. Die Industrie braucht Kautschuk. Südamerika sei in ähnlicher Weise ausgebaut worden, weil dort ein förmliches Kammusieb herrsche. Zeit ist zwar der Preis für Gummi gestiegen, aber die Ausdehnung des Landes habe nur eine Verstärkung erfahren, denn es werde versucht durch Erlangung von mehr Kaufkraft denselben Vorteil wie früher zu erhalten. Vertragen werden die Eingeborenen auch durch schlechte Tauschwaren. Ein Teil Südkameruns ist für Händler gefeuert worden. Eine Besserung der Verhältnisse soll erreicht werden durch Erlass einer Trägerordnung. Verboten sollte auch werden, daß die Karawanen mit Gewalt in den Häusern der Eingeborenen einzuarbeiten. Zeit trüben sich gegen 200 000 Menschen im Lande als Träger mit den Karawanen herum auf der Jagd nach Gummi, anstatt sich vernünftiger Arbeit beim Umbau des Landes zu widmen. Aus wirtschaftlichen und strategischen Gründen sei der Bau von Eisenbahnen dringend erforderlich. Vernburg sieht die Lage in Kamerun offenbar für recht bedrohlich an. Er erklärt, man stehe vor einem großen wirtschaftlichen Zusammenbruch. Eine Krise sei sicher. Die Gefahr von Aufständen werde dadurch größer. Aufstände seien immer eine Folge falscher Wohnnahmen und wirtschaftlicher Not der Eingeborenen. Wie in Ostafrika sei in Kamerun eine Politik des Eingeborenenjus usque ad dringend notwendig.

Der nationalliberale Dr. Semler will in Kamerun von einer humanen Eingeborenenpolitik nichts wissen. Hamburger Händler haben sich bei ihm beklagt, daß sie in der Freiheit der Auszubildung der Neger gehindert werden. Es sei ungewöhnlich, daß ein Beamter einem Händler eine Verbrennung ausgetragen habe, wonach der selbe auf seinem Gebiete Karawanen nicht zu dulden brauche. Die Karawanen könnten nicht genug Lebensmittel mitnehmen, sondern seien auf Raubzügen angewiesen. Raubzüge werde in den Kolonien wie Kamerun immer getrieben. Auf die Eingeborenen müsse ein gewisser Zwang zur Arbeit ausgeübt werden. Wir erkennen keine Sklaverei an, aber sie besteht tatsächlich in Kamerun. Der Händler bekommt Geld oder Waren und verzögert dafür schlechtens über seine Stammbesitzungen. Werde ein Druck auf den Händler ausgeübt, würden die Neger zur Arbeit angehalten.

Der Staatssekretär kannte die Hamburger Klagen. Man habe ein Dorf gesucht, daß am Rande eines Urwaldes lag, der nur in drei Tagetessen zu durchqueren ist. Alle Karawanen, die dort durchzogen, provozierten sich dort mit Gewalt. Das dulde er nicht. Zwangsarbeit sei geschlechtlich. Als Steuerleistung bestelle sie bis zu einem gewissen Grade. Habe der Neger keinen Nutzen bei der Arbeit, bitte er sie nicht gen. Herr Liebert habe gemeint, in Ostafrika sei ein Aufstand durch die Eingeborenen veranlaßt worden; er wisse, daß der Versuch, die

Eingeborenen zur Zwangsarbeit zu pressen, die Empörung veranlaßte.

Abg. Pottmann wies unter anderem darauf hin, daß im Norden des Straßgebietes angeblich noch ein starker Sklavenhandel vorherrsche. Der Staatssekretär kannte die Nächsten der Mitterland nicht in Abrede stellen. Es befinden sich im nördlichen Hinterland große Sultanate, die zahlreich berittene Krieger stellen können. Dort hat Deutschland nur ganz geringen Einfluss und kann Zwangsmaßregeln nicht wagen, weil leicht ein Jahr gefährlicher Aufstand die Folge sein könnte. Der Hochmaidenismus macht sich dort gefährlich aggressiv bemerkbar.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung machte der Staatssekretär Angaben über den umfangreichen Waffenhandel in Kamerun. In 6 Jahren sind über 250 000 Gewehre verlaufen worden, zwar nur alte Borderländer, in den Händen der Neger im Urwald aber doch eine gefährliche Waffe. Jetzt ist der Handel mit Gewehren und Pulver verboten worden.

Die Debatte drehte sich in der Haupthalle um die Fragen des Arbeitszwanges, der Unterdrückung des Sklavenhandels und der Durchführung der geplanten Karawanenordnung. Angeregt wurde, den Karawanen Soldaten beizugeben, die jede Ausübung zu verhindern haben. Besonders nachdrücklich sprach sich gegen den Arbeitszwang Abgeordneter Ledebour aus. Der Versuch, durch eine Karawanenordnung die Eingeborenen vor Raubzügen zu schützen, sei zu billigen. Vernburg legte dar, wie er sich die Hebung des Landes denkt. Er wies auf eine Reihe von Forderungen für kulturelle Zwecke hin. Die zeigt als Träger herumlaufenden Leute sollen nach und nach beim Bahnbau beschäftigt und dann in der Nähe der Bahn angesiedelt werden.

Zum Schlus der Sitzung unternahm Abg. Paasche einen Vorstoß gegen den Staatssekretär, dem er vorwarf, daß er durch teils ungünstige, teils übertriebene Behauptungen schädigend für die Kolonialpolitik wirkte. Ferner sprang Paasche seinem arg die Enge getriebenen Freunde Semler bei, indem er einen gewissen Arbeitszwang verteidigte. Vernburg antwortete, er wünsche sich möglichst offen aus. Man solle nur nicht jedes Wort in der Lestenheit gegen ihn ausschlachten, sonst werde man ihn zwingen, sich bei seinen Neuerungen größere Beschränkungen aufzuerlegen. Abg. Ledebour machte sich das Vergnügen, den Abg. Semler auf ganz grobe Widersprüche in seinen Ausführungen festzustellen. Tatsächlich habe Semler die treffendsten Argumente gegen den Arbeitszwang vorgebracht.

Politische Uebersicht.

Zum Umsfall bereit!

Der Bloßfressian scheint also wirklich bereit, an der politischen Gleichberechtigung der deutschen Volks-Herrschäftsleute zu üben. Der Tag weiß zu melden:

Das Zustandekommen eines Kompromisses in der Sprachenfrage gilt für die zweite Letzige des Vereinsgesetzes als gesichert. Über den in erster Letzige von der Reichstagskommission abgelehnten Sprachenparagrafen des Vereinsgesetzes wird ein Kompromiss angestrebt, das auf folgender Grundlage zustande kommen dürfte: Die Freilinige erklären sich damit einverstanden, daß die Regelung der Frage der Landesgesetzgebung übertragen wird, und begründen sich mit der reichsgeleyten Festlegung einiger Punkte, an welche die Eingeborenen gebunden sein sollen, um die Befreiung der Wahlversammlungen vom Sprachengesetz und vergleichbar. Ohne dieses Zugeständnis der Liberalen würde es den Landesgesetz an der Zuständigkeit für diese Frage fehlen.“

Die Freilinige Zeitung sagt kein Wort zu dieser Mitteilung und ihr Schweigen bedeutet die Bestätigung. Danach wäre der Freilinie wirklich bereit, das Vereins- und Versammlungsrecht der polnischen Bevölkerung dem preußischen Dreiflügelhaus zu übertragen, demselben Hause, dessen Erstengrundlage, das klassenwahlrecht, der Freilinie zu bekämpfen vorgibt. Der Freilinie ist zu feige, die Herrschaft selbst zu vertreten, er übergibt das Recht von Millionen Deutscher an den brutalen Heuler des preußischen Klassenstandes.

Zu dieser Schwäche will sich der Freilinie entschließen, um ein Erfolge zu Stande zu bringen, gegen dessen lästige Zwangsbestimmungen sich der freiere deutsche Süden verzweigt mehr als Ein Gesetz, gegen welches er wieder der loburg-gothatische Landtag einstimmt beschlossen hat:

Den Bundesbevölkerung zu bestrafen, im Bundesrat mit aller Energie darin zu werten, daß die in den Herzogtümern Sachsen-loburg und -Gotha durch die Verfassung gewährleistete Vereins- und Versammlungsfreiheit durch das im Reichstage zur Beratung stehende Vereinsgesetz nicht beeinträchtigt werde, zum mindesten aber dafür einzutreten, daß durch einen Zusatz zum Vereinsgesetz der gegenwärtig in den Herzogtümern verfassungsmäßige Zustand bezüglich des Vereins- und Versammlungsrechts erhalten bleibt.“

Die freieren Bundesstaaten protestieren. Die Massen der Bevölkerung in Preußen und Sachsen, der das neue Gesetz die Erleichterung von einfachen kleineren Schülern verleiht, weiß mit Entzürfung den Gedanken zurück, sich ein bürgerliches Freiheit durch ein dreifaches Maß von Knechtshaft zu erkaufen, das über andere verhängt werden soll. Tropfem befreit der Bloßfressian auf dem

Aufnahmen eines solchen Mandatssatzes, weil er seinen Wahlern vorlägen will, dieser Weise sei ein Erfolg der Blockpartei — ein treuloser Erfolg!

Es ist wahrscheinlich, daß bei der Abstimmung über den § 7 im Plenum eine Spaltung der freien Wähler einzutreten wird. Die Entscheidung liegt dann bei dem kleinen Häuflein der Süddeutschen Volkspartei.

Aus dem Reichstage.

Im Reichstag wurde die sozialpolitische Generalsdebatte beim Reichsamt des Innern fortgesetzt. Die freien Wähler kämpften um einen bestimmten Wohlstand der blutdürftigen Ausflugsanstalten vor. Der Staatshaus äußerte einen gelundenen Tadel über unzulässige Abteilung des freien Wählerabstags im preußischen Abgeordnetenhaus und verlangte, daß endlich einmal nicht bei vertretenen Bevölkerungen gebrochen werde, das sogar die wuchtigste Strafmaßnahmeverordnung vom Wahlrecht ausschließe. Der Sozialist u. Verbraucherklub hieß eine Art Programm. Er rief als einen sozialen Sozialpolitiker hinzu, dem jede einzelne Bezeichnung der Unternehmerischen Partei liegt. Er mag ja subjektiv diese Überzeugung haben, der Staat aber mit dem Schriftmachen und das gesetzliche Vorhaben soll und Verbraucherherrschaft Gewissensbisse haben, denn, daß die Unternehmenschaft wieder so oben steht wie in den Jahren, da Verleihung „Stein gelegt“ wurde. Die Fortsetzung des Arbeitsamts-Gesetzes durch den Zweck der hier als Verbandsausschuß der Arbeitnehmer nicht dieses Produkt der bauarbeiter-sicherheitswirksamen Antisozialistischen nicht verändert. In der Schlußmutterrede des Aichhorn u. Kamp steht nicht der südliche Scher nach einem neuen und theoretischen. Die lateinische Seite, mit der Herr Kamp sprach, und die heutige Liebenswürdigkeit, deren er sich beschreibt, kann darüber hinwegsehen, daß der Führer der Sozialisten füchtig wollte mit dem Reich und den Wagnern überzeugt, was er sich auch von den gehörigen Anteilen, wie diese Herren ja lieben, freihalten. Der Anteil am Staate verleiht mir unzähligen Mittelhandlungen seine in mancher Beziehung fortwährende Ausführungen über die Antisozialpolitik im Reich zu folgen. — Am Donnerstag Fortsetzung.

Der Laiencharakter der italienischen Volksschule.

(v.) Rom, den 2. März.
Der Obersteuerassessor Villalati hat durch seinen Antrag, der die Regierung auffordert, den Laiencharakter der katholischen Schulen zu beenden, eine bedeutsame Tatsache in der Römischen Kirchenpolitik eröffnet. Die bedeutendsten Reaktionen der Parteien haben zu der freien Stellung gekommen. Es handelt sich um einen Debatte, die man der katholischen Kirche kann zugestehen habe. Es lag freilich in der Natur der Sache, daß die Konservativen von der Regierung gewünschte Zustände nicht unterscheiden, da daß Ministerium über eine große Weitheit in der Künste verfügt, da man nun in einer Frage keinen Zweck, wie der des Religionsunterrichts, die heute längst als politische Frage noch praktisch hinterliebt.

Indem das Gelehrte Galati vom Jahre 1859 den Religionsunterricht unter die obligatorischen Studien stellte, erwähnt das nachfolgende Gregorovius (1777) diesen Unterricht gar nicht, und kann von einem Unterricht in den Elementar- und Grundschulen. Da Ausbildungsbereichen anstrengt oder das Gemeinwohl des Kindes daran, das der Religionsunterricht ausgebürtig habe, für die Kinder ein obligatorisches Recht zu sein, man für die Gemeinden, für die weniger die Verpflichtung galt, ihm zu gewähren. Das bestand in einer unverbindlichen Einigung zwischen Gott und Mensch, und es in handeln enthaltenen Puncten beständigen Gemeindeverträge verhinderten, daß den Religionsunterricht zu dienen, von dem sie sich durch das Gelehrte Cappello dienten. Nach diesen Tatsachen und widerstrebenden Absichten des Gesetzgebers erließ ein edler der Universität Rom, ein neues Gesetz, wonach der Lehrer im allgemeinen den Kindern, die die Gemeindeschulen besuchten, den Religionsunterricht zu gewähren. Aber der Lehrer erhält, ein Unterricht nicht mit seiner Überzeugung verhindern zu können, wenn er durch eine andere zum Unterricht gezwungen wurde. Sollte die Mutter bei Förderung ihres Kindes ausdrücklich den Unterricht ablehnen, sollt' die Mutter der Gemeinde, von Gewissen zu bauen, noch dieser Unterricht kann auf Kosten der Eltern erlaubt werden, noch dieser Unterricht kann auf Kosten der Eltern erlaubt werden, noch dieser Unterricht kann auf Kosten der Eltern erlaubt werden.

Zur Zeit wuchs der Sozialismus, Republikanern und Liberalen, weil sie den Religionsunterricht als falsches Erziehungsprinzip, sowohl die Parteien der konfessionellen Unterseite als auch der linke und rechte und dem protestantischen Unterricht gegenüber standen und nicht mit dem Unterricht vertraten. Sie wählten ebenfalls den Unterricht von lichten als obligatorischen schulischen Einheiten erlaubt und es nicht abweichen möchten, um in den von den Antiklerikalen erlaubten Gemeinden ganz meistern zu können. Nur die katholischen Familien war mit dem neuen Regelwerk unzufrieden.

Der damalige Prälat, dem Landrat der Lombardei war, die Kammer fürstlich zu Lombardei, und von Rom, der Vizekanzler der vormals Kirche zu Lombardei, unter der Regierung der königlichen Religionsministeriums in einer Stunde berichtet, daß man bereits beschlossen,

der Religionsunterricht führt, daß die ministerielle Melchtheim den katholischen Unterricht der katholischen Kirchen gewähren, so daß Vieh und kein fromm regierte kann, wenn man keine so viele Kirchen und dem protestantischen Unterricht hat nach diesen Ansprüchen, daß die katholischen Kirchen es nicht mit dem Religionsunterricht erlaubt. Das bestand in der katholischen Kirche, daß der Unterricht nicht in der Kirche stattfinden darf, und es nicht abweichen möchten, um in den von den Antiklerikalen erlaubten Gemeinden ganz meistern zu können. Nur die katholischen Familien war mit dem neuen Regelwerk unzufrieden.

Der Religionsunterricht führt, daß die ministerielle Melchtheim den katholischen Unterricht der katholischen Kirchen gewähren, so daß Vieh und kein fromm regierte kann, wenn man keine so viele Kirchen und dem protestantischen Unterricht hat nach diesen Ansprüchen, daß die katholischen Kirchen es nicht in der Kirche stattfinden darf, und es nicht abweichen möchten, um in den von den Antiklerikalen erlaubten Gemeinden ganz meistern zu können. Nur die katholischen Familien war mit dem neuen Regelwerk unzufrieden.

Deutsches Reich.

Bremen.

Offiziell wird vom 4. März gemeldet:

Der Deputierte Stadtverordneten Bürgermeister der Stadtverordnetenversammlung wird sich erinnern, daß der Bürgermeister Bürgermeister von mehreren Jahren zurück im Jahre 1854 bestellt worden war und von der Stadtverordnetenversammlung nicht bestätigt werden durfte. Es ist eine Konvention zwischen der Stadtverordnetenversammlung und dem Bürgermeister, daß der Bürgermeister nicht bestätigt werden darf, wenn er nicht bestätigt werden kann. Es ist eine Konvention zwischen dem Bürgermeister und dem Magistrat, daß der Bürgermeister nicht bestätigt werden darf, wenn er nicht bestätigt werden kann. Das ist eine Konvention zwischen dem Bürgermeister und dem Magistrat.

Der Mann, der unwürdig befunden wurde, Mitglied der Schulpflegeleitung zu werden, ist Vorsteher der weitauß größten Partei Deutschland; in Berlin wurde er mit 82 000 Stimmen zum Reichstagabgeordneten gewählt. Darauf aber wird in Preußen geprüft.

Der Postchef.

Die Einführung des Postscheckverkehrs steht nach Mitteilungen Berliner Blätter unmittelbar bevor.

Die dem Bundesrat zur Beschlussestellung vorgelegten Anträge des Reichskanzlers nehmen die Errichtung von Postscheckämtern in neuen Großstädten in Aussicht. Bei Einzahlung von 100 Mark kann man in jeder eines Postkontos werden. Eine Verzinsung der Einlagen soll nicht stattfinden, dagegen aber soll (abweichend von den früher geplanten Grundsätzen) bei jeder Ein- oder Rückzahlung eine Gebühr erhoben werden, die auf 5 Prozent jährlich gesteckt wird. Zur Überweisung von einem Konto auf ein anderes wird die Gebühr auf 3 Prozent bemessen. Obgleich noch die Erfahrungen anderer Staaten, zum Beispiel Österreich-Ungarns, wo sich der Postchef bereits volles Bürgerrecht erworben hat, die Mühehaltung beträchtlich ist, die den Postbeamten aus der Handhabung des Schiedsverfahrens ermöglich, sollen die Gehälter niedrig gestellt werden, doch lediglich die Unkosten gedacht werden. Dass man von einer Vergünstigung der Einlagen absicht, wird damit begründet, daß andernfalls die Post den Sparstellen und gewerbsmäßigen Kreditinstituten Abrund bereiten könnte.

Für die Einführung des Überweisungsservice des Postscheckverkehrs im Reichspostgebiet ist der 1. Januar 1909 in Aussicht genommen. Ferner wird beabsichtigt, daß neue Verfahren der Geldübertragung zunächst im Wege der Verordnung zu regeln. Erst nach einigen Jahren, wenn die praktischen Erfahrungen ergeben haben werden, wie die Geschäfte am zweitmöglichen zu veranlassen und durchzuführen sind, soll durch Gesetz das weitere verfügt werden. Der Reichstag hat seinerzeit dieses Verfahren als angezeigt erachtet, damit die Bezeichnung den zu beschreitenden Weg zuverlässiger erfunden könne. Verhandlungen sind mit Bayern und Württemberg eingeleitet worden, um den Anschluß dieser beiden Bundesstaaten mit selbständigem Postwesen an den allgemeinen Postscheckverkehr herbeizuführen.

Eine ehrliche Veröffentlichung über die Angelegenheit soll in abnützlicher Zeit erfolgen.

Erziehung zur Berufswürdigkeit.

Die Hesse Zeitung berichtet: Ein in einem benachbarten Dorf von Nova Iorque Lehrer ist 25 Jahre im Südaliam begegnet. Die Dienstbeamten wollen ihren beliebten Lehrer durch einen weiteren, zu welchem Zweck die Diene im Lehrerbaukunst bestellt gesuchten werden. Da ein Haufen Unterricht beiseite gesetzt werden mußte, ebot ein Mitglied der Deputationen von dem nächstgelegenen Lehrer, der gerade Unterricht hatte, ein paar Jungen zur Fortbildung des jüngsten. Diese harmlose Bitte verhinderte den Lehrer nicht abzuschließen — zu seinem Anglauft. Nur nachdem die Diene nahm, war, bevor die Herrschaft plötzlich das Schulzimmer. An die Beleidigungsfürbung zum Festtage schloß sich als besonders zufolge Begegnung eine — Revision! Dabei fragte der Lehrer: „Wie sind auf letzte Zeit deutlich? — Meister: „Wie kommen Sie dazu, meinen Sie, daß Sie solche nicht dürfen? — Lehrer: „Ja, aber — — Meister: „Solchen Ungehorsam muß ich der Lehrer nicht dulden.“ — Nach einiger Zeit erhielt der jahrs aus seinem Heimatland geschickte Herr Lehrer ein Strafmandat über 20 M. als bleibende Erinnerung an die 25jährige Arbeit. Es geschahen im 20. Jahrhundert in einem Dorf des Kreises Costa Rica, und da manchen jungen Freiheit auch noch über den von Jahr zu Jahr zunehmenden Lehrermangel.“

Schlesien.

Auf die „Arbeitsförderlichkeit“ gewisser Großgrundbesitzer weist eine Gerichtsentscheidung, die unlängst in Görlitz stattgefunden hat, ein bejubelndes Bild. Sehr interessant ist die Anwendung eines besonders darum, weil der Herr Richter Verhandlung einer konserватiver Landtagsabgeordneten und ausvorherrschenden des Bundes der Landwirte, Rittergutsbesitzer und Gewerbetreibende. Der Richter Oeschel ist ein Sohn des gleichnamigen Oeschel, der gerade Unterricht hatte, ein paar Jungen zur Fortbildung des jüngsten. Diese harmlose Bitte verhinderte den Lehrer nicht abzuschließen — zu seinem Anglauft. Nur nachdem die Diene nahm, war, bevor die Herrschaft plötzlich das Schulzimmer. An die Beleidigungsfürbung zum Festtage schloß sich als besonders zufolge Begegnung eine — Revision! Dabei fragte der Lehrer: „Wie sind auf letzte Zeit deutlich? — Meister: „Wie kommen Sie dazu, meinen Sie, daß Sie solche nicht dürfen? — Lehrer: „Ja, aber — — Meister: „Solchen Ungehorsam muß ich der Lehrer nicht dulden.“ — Nach einiger Zeit erhielt der jahrs aus seinem Heimatland geschickte Herr Lehrer ein Strafmandat über 20 M. als bleibende Erinnerung an die 25jährige Arbeit. Es geschahen im 20. Jahrhundert in einem Dorf des Kreises Costa Rica, und da manchen jungen Freiheit auch noch über den von Jahr zu Jahr zunehmenden Lehrermangel.“

Auf die „Arbeitsförderlichkeit“ gewisser Großgrundbesitzer weist eine Gerichtsentscheidung, die unlängst in Görlitz stattgefunden hat, ein bejubelndes Bild. Sehr interessant ist die Anwendung eines besonders darum, weil der Herr Richter Verhandlung einer konserватiver Landtagsabgeordneten und ausvorherrschenden des Bundes der Landwirte, Rittergutsbesitzer und Gewerbetreibende. Der Richter Oeschel ist ein Sohn des gleichnamigen Oeschel, der gerade Unterricht hatte, ein paar Jungen zur Fortbildung des jüngsten. Diese harmlose Bitte verhinderte den Lehrer nicht abzuschließen — zu seinem Anglauft. Nur nachdem die Diene nahm, war, bevor die Herrschaft plötzlich das Schulzimmer. An die Beleidigungsfürbung zum Festtage schloß sich als besonders zufolge Begegnung eine — Revision! Dabei fragte der Lehrer: „Wie sind auf letzte Zeit deutlich? — Meister: „Wie kommen Sie dazu, meinen Sie, daß Sie solche nicht dürfen? — Lehrer: „Ja, aber — — Meister: „Solchen Ungehorsam muß ich der Lehrer nicht dulden.“ — Nach einiger Zeit erhielt der jahrs aus seinem Heimatland geschickte Herr Lehrer ein Strafmandat über 20 M. als bleibende Erinnerung an die 25jährige Arbeit. Es geschahen im 20. Jahrhundert in einem Dorf des Kreises Costa Rica, und da manchen jungen Freiheit auch noch über den von Jahr zu Jahr zunehmenden Lehrermangel.“

Am 1. April 1854 bestellte die Dienstbeamten der Dienststellen des Reichs und der katholischen Kirche.

Und es fanden sich auch mehrere Anträge, die überall die oben mitgeteilte Tatsache als richtig erachteten.

Dem widersteht der Herr Richter nicht, weil er gewiß weiß, daß der Antrag nicht erachtet wird.

Und er bestätigte den Antrag, so daß der Richter nicht erachtet wird.

Und er bestätigte den Antrag, so daß der Richter nicht erachtet wird.

Und er bestätigte den Antrag, so daß der Richter nicht erachtet wird.

Und er bestätigte den Antrag, so daß der Richter nicht erachtet wird.

Und er bestätigte den Antrag, so daß der Richter nicht erachtet wird.

Und er bestätigte den Antrag, so daß der Richter nicht erachtet wird.

Und er bestätigte den Antrag, so daß der Richter nicht erachtet wird.

Und er bestätigte den Antrag, so daß der Richter nicht erachtet wird.

Und er bestätigte den Antrag, so daß der Richter nicht erachtet wird.

Und er bestätigte den Antrag, so daß der Richter nicht erachtet wird.

Und er bestätigte den Antrag, so daß der Richter nicht erachtet wird.

Und er bestätigte den Antrag, so daß der Richter nicht erachtet wird.

Und er bestätigte den Antrag, so daß der Richter nicht erachtet wird.

Und er bestätigte den Antrag, so daß der Richter nicht erachtet wird.

Und er bestätigte den Antrag, so daß der Richter nicht erachtet wird.

Und er bestätigte den Antrag, so daß der Richter nicht erachtet wird.

Und er bestätigte den Antrag, so daß der Richter nicht erachtet wird.

Und er bestätigte den Antrag, so daß der Richter nicht erachtet wird.

Und er bestätigte den Antrag, so daß der Richter nicht erachtet wird.

Und er bestätigte den Antrag, so daß der Richter nicht erachtet wird.

Und er bestätigte den Antrag, so daß der Richter nicht erachtet wird.

Und er bestätigte den Antrag, so daß der Richter nicht erachtet wird.

Und er bestätigte den Antrag, so daß der Richter nicht erachtet wird.

Und er bestätigte den Antrag, so daß der Richter nicht erachtet wird.

Und er bestätigte den Antrag, so daß der Richter nicht erachtet wird.

Und er bestätigte den Antrag, so daß der Richter nicht erachtet wird.

Und er bestätigte den Antrag, so daß der Richter nicht erachtet wird.

Und er bestätigte den Antrag, so daß der Richter nicht erachtet wird.

Und er bestätigte den Antrag, so daß der Richter nicht erachtet wird.

Und er bestätigte den Antrag, so daß der Richter nicht erachtet wird.

Und er bestätigte den Antrag, so daß der Richter nicht erachtet wird.

Und er bestätigte den Antrag, so daß der Richter nicht erachtet wird.

Und er bestätigte den Antrag, so daß der Richter nicht erachtet wird.

Und er bestätigte den Antrag, so daß der Richter nicht erachtet wird.

Und er bestätigte den Antrag, so daß der Richter nicht erachtet wird.

Und er bestätigte den Antrag, so daß der Richter nicht erachtet wird.

Und er bestätigte den Antrag, so daß der Richter nicht erachtet wird.

Und er bestätigte den Antrag, so daß der Richter nicht erachtet wird.

Und er bestätigte den Antrag, so daß der Richter nicht erachtet wird.

Und er bestätigte den Antrag, so daß der Richter nicht erachtet wird.

Und er bestätigte den Antrag, so daß der Richter nicht erachtet wird.

Und er bestätigte den Antrag, so daß der Richter nicht erachtet wird.

Und er bestätigte den Antrag, so daß der Richter nicht erachtet wird.

Und er bestätigte den Antrag, so daß der Richter nicht erachtet wird.

Und er bestätigte den Antrag, so daß der Richter nicht erachtet wird.

Und er bestätigte den Antrag, so daß der Richter nicht erachtet wird.

Und er bestätigte den Antrag, so daß der Richter nicht erachtet wird.

Und er bestätigte den Antrag, so daß der Richter nicht erachtet wird.

Und er bestätigte den Antrag, so daß der Richter nicht erachtet wird.

Und er bestätigte den Antrag, so daß der Richter nicht erachtet wird.

Und er bestätigte den Antrag, so daß der Richter nicht erachtet wird.

Und er bestätigte den Antrag, so daß der Richter nicht erachtet wird.

Und er bestätigte den Antrag, so daß der Richter nicht erachtet wird.

Und er bestätigte den Antrag, so daß der Richter nicht erachtet wird.

Und er bestätigte den Antrag, so daß der Richter nicht erachtet wird.

Und er bestätigte den Antrag, so daß der Richter nicht erachtet wird.

Und er bestätigte den Antrag, so daß der Richter nicht erachtet wird.

Und er bestätigte den Antrag,

offiziell Material zusammengestellter statistischer Daten zur Frage der Volksbildung für das Jahr 1903. Unter der damals 144,1 Millionen Köpfen standen Buchdruckereien, die jährlichen 265 Millionen oder 16,4 Proz. Alphabete von. Die jährlichen Ausgaben des Staates für Volksbildung betrugen pro Kopf der Bevölkerung — 11 Ropfen. Als Hinguckerung der von den Städten, Landeschaften und Gemeinden für Unterrichtszwecke aufgestellten Summen wurde dieser Betrag auf die riesige Summe von 43 Ropfen pro Kopf der Bevölkerung!

So viel steht die Volksbildung auf einer bedeutend höheren Stufe als in Russland, wo der Staat bei einem Budget von 2615 Millionen nur 0,1 Millionen für den Volksschulunterricht bringt hat.

Berlin, 4. März. In dem von Schülern dicht gefüllten Gangenhaus des Tifliser Gymnasiums wurden während der Abgangszeit der Stationssonne zwei Bomben geworfen. Zwei Schüler entgingen ein entsetzliches Ende.

Marocco.

Settat.

Paris, 4. März. Das Marocca liegt heute die Meldung vor, daß eine Truppenabteilung Musulmanen den Ort Settat wieder besetzt hat. Am 15. Januar zogen die Franzosen dort zum ersten Male ein, rückten aber den Platz nach wenigen Stunden am 1. Februar erneut ab, um die Befreiung von Settat durch eine heftige französische Überlastung. Auch sie erhielt sofort Rückmarschrtschein. Zur Stunde fallen Nachrichten über d'Amades Abschiffung, besonders darüber, ob es keine Verbindungen durch den in Settat liegenden Seim für gefürt hält.

Paris, 4. März. General d'Amade telegraphiert heute aus Marocca, seine Missionen seien ohne Zwischenfall in Charentia angekommen, wo sie bisamieren.

Tanger, 4. März. Den letzten Meldungen aus Marocca sind mehrere Algerier, die unter dem Verdacht der Spionage standen, verhaftet und sofort handfestschlagt erfaßt worden.

Amerika.

Anarchistensverfolgungen.

Washington, 4. März. Der Staatssekretär des Handelsdepartements Straus hat an alle Einwanderungskommissionen die Bewilligung erteilt, mit Hilfe der Polizei in sämtlichen Städten die dort lebenden ausländischen Anarchisten festzuhalten. Es soll mit dem bisherigen Verhalten gegen sie gebrochen und der sofortige Aussiedlung aller fremden Anarchisten ergritten werden, denen sich die Polizei zu bemühten vertraut. Personen sind die Einwanderungskommissionen angewiesen, die ankommenden Ausländer aufs sorgfältigste zu überwachen und ankommende politische Anarchisten sofort bei der Landung festzuhalten und deren Rücktransport mit dem nächsten Schiff zu veranlassen.

Australien.

Die Arbeiterpartei in Australien.

Der im Süden erscheinende Wörter bringt eine Übersicht über die gegenwärtige Stärke der Arbeiterpartei in den Parlamenten der australischen Staaten. Im Bundesparlament ist das Stützpunktjahr mit folgendem: Im Senat 18 Abgeordnete der Arbeiterpartei von 80 Sitzen überhaupt, im Unterhaus 26 von 75. In den Staatsparlamenten (Landes): Neuseeland: 4 Oberhaus; 4 Arbeitersitz; 58 Sitze; Unterhaus: 32 Arbeitersitz; 90 Sitze; Victoria: Oberhaus: 2 Arbeitersitz; 34 Sitze; Unterhaus: 14 Arbeitersitz; 60 Sitze; Queensland: Oberhaus: 2 Arbeitersitz; 43 Sitze; Unterhaus: 17 Arbeitersitz; 72 Sitze; Süd-Australien: Oberhaus: 3 Arbeitersitz; 18 Sitze; Unterhaus: 19 Arbeitersitz; 42 Sitze; West-Australien: Oberhaus: 0 Arbeitersitz; 30 Sitze; Unterhaus: 17 Arbeitersitz; 60 Sitze; Tasmania: Oberhaus: 0 Arbeitersitz; 18 Sitze; Unterhaus: 7 Arbeitersitz; 55 Sitze.

Im ganzen sind also im Bundesparlament 42 Arbeitersitzreiter unter 113 Mitgliedern, und in den Landesparlamenten hat die Arbeiterpartei 117 Sitze inne. Die Mehrheit hat die Arbeiterpartei zurzeit also in keinem der Parlamente, in den meisten aber einen entscheidenden Einfluß, da die übrigen Parteien nicht genannt sind. Die Gegenstafe der beiden bürgerlichen Parteien bezieht sich in der Hauptstadt auf die grundverschiedene Auffassung über die Wirtschaftspolitik. Die einen sind Anhänger der Freihandelspolitik, die anderen vertreten den Protektionismus, den Schutzzoll für das "Große Britannien" (England mit seinen Kolonien).

Die antikapitalistische Arbeiterpartei steht zwar nicht durchweg auf dem Boden des wissenschaftlichen Sozialismus, aber die Zahl seiner Anhänger unter den Mitgliedern nimmt ständig zu. Die wirtschaftliche Entwicklung wird für weitere Vermehrung sorgen.

Volkswirtschaft.

Erlente Steigerung der Getreidepreise.

Der Preissteigerung für Weizen und Roggen in den letzten Monaten ist nur zu knapp „die Erholung“, wie der Börsenausschau lautet, gelungen. Die Preise schwellen von neuem empor. Während die Preise am 21. Februar sich für Weizen auf 202,75 Pf. und für Roggen auf 195,75 Pf. pro Tonnen erhöhen, lautete die Notiz der Berliner Börse am 4. März für Weizen 215,25 Pf. und für Weizen 208 Pf., an einzelnen Tagen gingen die Preise um 3 und 4 Pf. für die Tonne an, zeitweise herrschte Haushaltung vor. Die Sanktion des Breidenbaums war durch die ebenfalls hohe Anzahl des Getreidebrauchs hervorgerufen, bei gleichzeitig starkem Nachfrage von Weizen aus Nordamerika und Argentinien und billigeren Bestämmen des englischen Handels, der vermutlich zu starken Engagements in australischer Ware eingegangen war. Die nachlassenden Preise waren der Getreidehändler wohl eine kleine Unregung gegeben, auf die etwas gesetzte Nachfrage ist jedoch die starke Preiseinstellung hinzugetragen; noch wie vor bestellt sie bestellt, daß der Abzug der Bäderen infolge der monsunalen Kraft der Waffen beträchtlich nachgelassen hat. In Zukunft der Preissteigerungen sind darum zu erwarten, daß der Markt jetzt der Ansicht ist, Nordamerikanische Exportfähigkeit sei erschöpft. Argentinien werde leicht den vermindernden Bedarf an Weizen nicht decken können, da auch Ausland Weizen zu kaufen beginnt. Zur Verstärkung trug ferner bei, daß der englische Handel mit seinen Angeboten zurückblieb und die Hörde rungsständig blieb. Scheint diese Preissteigerung auch hauptsächlich über den abwandelnden Umständen doch auf einen andauernden militärischen Preissteigerung für Getreide nicht zu rechnen sein.

Parteianangelegenheiten.

Totaliste der Partei.

In Bremen starb Genoss Mosenlebner, der in der Buchdruckerbewegung wie auch in der politischen Bewegung unter anderem auch als Mitglied der Bürgerschaft, mit in eisernem Hause stand. Im Jahre des großen Buchdruckerkampfes stand er als Bavorsteher an der Spitze der Bremer Buchdrucker. Ein seinem Begräbnis, das unter großer Teilnahme der Parteigenossen und seines Kollegen stattfand, standen sich unter anderen Vertreter des Centralraumes des Buchdruckerverbands wie einer großen Anzahl von Frauen ein. Auch der Dresdner Bavorsteher ließ einen Krone niederelegen. Ehre seinem Andenken.

In Hamburg starb im Opernborse Krankenhaus der Genoss Lazarus. Auf Grund des Sozialistengesetzes

wurde er in den 80er Jahren aus Homburg ausgewiesen. In Magdeburg, wo er seine Arbeit für die Partei unentbehrlich fortigte, wurde er in den Geheimbundprozeß des Jahres 1887 verwickelt und zu sechs Monaten und acht Tagen Gefängnis verurteilt. Seine Freiheit hat ihm das letzte Jahrzeug seines Lebens verboten. Zur Arbeit nahezu unfähig, ohne jeglichen Familieneinfluss, bei seiner Gewerkschaft ausgesteuert, verbrachte er seine Tage im Verlehrhof des Maler in Hamburg, dessen Wirt ihm in ungünstiger Weise Obdach bot. Wilitätige Hände sorgten dafür, daß ihm das Nötigste wurde . . .

Fortschritte der Parteipresse.

Das neue Parteiorgan für das württembergische Unterland, das *Neat - Echo zu Heilbronn*, ist mit seiner Probenummer herausgekommen. Die Nummer ist acht Seiten stark. Das Blatt wird hergestellt in der Vereinsdruckerei Heilbronn, o. G. m. b. H., als Verlegerzeichnet Dr. Knapper, als Redakteur O. Höpler, für die Zeitung A. Kapp, die Geschäftsstelle und Redaktion ist in der Marktstraße 38a, Heilbronn.

Der Thüringer Volksfreund, unter in Sonneberg erscheinendes Parteiorgan, das erst seit fünf Monaten besteht, hat sich schon eine so gute Position errungen, daß es vor bedeutenden Erweiterungen steht. Die letzte Sitzung der Preßkommission beschloß die Anhäufung zweier Schriftsteller und nahm die Anstellung eines zweiten Redakteurs neben dem Genossen v. Voigtla in Aussicht. Die Bürgerlichen Sonnebergs haben aber auch in letzter Zeit für unser Parteiblatt kräftige Propaganda gemacht, indem sie mit großem Lärm beschlossen, es zu boykottieren. Was dem Volksfreund offenbar gut bekommt.

Bürgerliche Wohltätigkeit auf sozialdemokratische Kosten.

Wir berichteten seinerzeit, daß die sozialdemokratische Druckerei in Genf wegen angeblicher Verleidigung einiger Dorimatadoren durch den Peuple zu einer Büchsenhämmerung von 12 000 Franken verurteilt und hierauf die Druckerei zwangsweise verkauft wurde. Der Erlös belief sich auf 6400,25 Franken und diesen Betrag haben die Besitzer einer Arbeitergenossenschaft verschiedenen Wohltätigkeitsanstalten zugewiesen. Crispin stöhnt den Reichs das Leder und macht den Armen Schuhe daraus. Diese bürgerlichen Politiker plündern die Arbeiter und frönen mit der Veute ihrer Eitelkeit als „Wohltäter“.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Inland.

Nunmehr glücklich!

Durch die bürgerlichen Blätter macht jetzt folgende Mitteilung die Runde:

Ein Sachverständiger über die Sozialdemokratie. Vor dem Mannheimer Schöffengericht batte sich der bekannte und von der Sozialdemokratie weitlich gehabte Redakteur des Korrespondenten für Deutschland Buder und Schröder, Buder, wegen Beleidigung einer Arbeitersitzung zu verantworten. Auf die Frage nach seiner Parteiaffiliation antwortete Buder, er gehörte der sozialdemokratischen Partei nicht an; als Redakteur gebiete ihm die Presse, einen neutralen Standpunkt einzunehmen. Wohl habe er auf der Betriebsenquete konferenzen der Gewerkschaften in Berlin gelöst, er fühle sozialdemokratisch, er steht jedoch auf dem Standpunkte, daß die sozialdemokratischen Endzweile nur sozialrevolutionäre Züge haben, das er eigentlich Sozialist sei, der sozialdemokratischen Partei aber nicht angehören könne, weil ihr Parteiprogramm absolut unbeschreibbar sei.

Wir können unmöglich glauben, daß Buder die — gefunde gestagt — Tatschkeit begangen haben sollte, vor Gericht als Redakteur eines Gewerkschaftsblatts sich berart über die Sozialdemokratie und ihr Programm auszudrücken. Das wäre zum mindesten nicht in Einklang zu bringen mit seinem „Fühlen“ für unsere Partei.

Ein weißer Hahn.

Unternehmer, die sich als unorganisiert anbietende Arbeiter selbst auf die Pflichten der Organisation aufmerksam machen, dürfen eine Seltenheit sein. Deshalb ist folgender Fall nicht un interessant.

Ein Arbeiter, der längere Zeit in der Großstadt gearbeitet und während dieser Zeit auch gewerkschaftlich organisiert war, nahm zur Abwehrung in seiner Vaterstadt bei seinem Vater Arbeit und hielt es nun nicht mehr für nötig, noch länger die Gewerkschaftsarbeit zu beobachten. Er trat aus der Gewerkschaft aus. Nach einiger Zeit schien es ihm aber bei seinem Vater auch nicht mehr gefallen zu wollen und so suchte er wieder bei einem früheren Unternehmer in der Großstadt um Arbeit nach. Er brachte in dem Schreiben an den Unternehmer, daß er keiner Gewerkschaft angehöre. Darauf erhielt er umgehend folgende Antwort:

Unsrer Herr gesell. Guillet erwiderte Ihnen, daß juzzeit keine Firma bei mir vorhanden ist; außerdem möchte ich Ihnen den guten Rat geben, wenn Sie sich wieder mal um Stellung bemühen, dies auf dem Weg der Organisation zu tun, da hier keine unorganisierten Leute beschäftigt werden dürfen und ich würde auch keine annehmen.

Hochachtungsvoll

Hoffentlich wird dem Arbeiter über seine Fahnenflucht die Schamröte ins Gesicht geschehen sein, als er dieses Schreiben erhält.

Strassenbahnerstreik in Mailand.

Mailand, 5. März. Das Periodical der Dampfstrassenbahnen in der Umgebung Mailands, eines Reisep. von ungefähr 200 Kilometern Länge, hat geklungen morgen den Ausstand proklamiert, nachdem die Unterhandlungen über eine Einigung gescheitert sind. Die meisten Linien gehören einer belgischen Aktiengesellschaft.

Neues aus aller Welt.

146 Kinder umgekommen.

Cleveland, 4. März. In einer öffentlichen Schule in der bliebigen Vorstadt Collingwood brach eine Feuersturm aus, das infolge Überheizung eines Ofens entstanden war und in wenigen Minuten das ganze Schulhaus in dichten Qualm hüllte, wodurch unter den im Hause befindlichen 400 Kindern eine furchtbare Panik entstand. Das Schulhaus hatte nur zwei Ausgänge, was zur Folge hatte, daß zahlreiche Kinder, in einem Ausgang festgefesselt, zu Tode gerieten oder schwer verletzt wurden. Bald nach dem Ausbruch des Brandes fiel das Stockwerk des Schulgebäudes zusammen und zahlreiche Kinder stürzten in den Kellerraum. Der Direktor der niedergebrannten Schule schätzte die Zahl der umgekommenen Kinder, die meistens im Alter von 9 bis 12 Jahren standen, auf 75 bis 100.

Cleveland, 4. März. Auf den Trümmern der niedergebrannten Schule waren nachmittags bereits 146 Leichen geborgen worden, doch hörte man, daß noch viel mehr Kinder umgekommen sind, weil diese wegen der in der Panik alsbald gelösten Ausgänge keine

Möglichkeit fanden, durch den Rauch und das Feuer ins Freie zu gelangen.

Polen, 4. März. In der vergangenen Nacht und heute früh sind hier große Schneemassen niedergegangen. Die Worte leicht rapide und hat jetzt auch schon die Eisenbahnstraße überdeckt. Die dort liegenden Restaurants können nur noch im Rahmen erreicht werden. Auch der Stadtteil St. Stanislaus, falls man große Umwege vermeiden will, nur noch auf dem Wasserweg zu erreichen.

Breslau, 4. März. In der heisigen Gegend hat heute erneuter Schneefall an den Fernsprech- und Telegraphenleitungen wieder erheblichen Schaden angerichtet, da die weichen Schneen an den Drahten hielten blieb und diese infolge der Last zerriß. Der Fernsprechverkehr nach Polen, Magdeburg, Leipzig, Dresden und Hamburg ist vollständig unterbrochen.

Königsberg, 4. März. Der Polizei ist es gelungen, den Mann, der vor wenigen Wochen den Kriminalbeamten Godornic nachts auf einem Parkettlohn erobert, zu ermitteln. Der Täter ist der Bergmann Stavara, Bauer von neun Kindern. Derselbe gestand die Tat ein.

Leipzig, 4. März. Das Reichsgericht hat wegen protestanter Verstechen, durch die der Angeklagte in seiner Bekleidung bekränzt worden ist, ein Todesurteil aufgehoben. Das Schwurgericht Schneiderschule hatte am 11. Januar 1908 den Eigentümer und Scherenschleifer Emil Siegert aus Schneiderschule wegen Todes zum Tode verurteilt. Der 23jährige Angeklagte, ein polnischer Mensch, hatte den Vater eines Mädchens, das keine Dienstbarkeiten zurückließ, ermordet. Gegen das Urteil hatte Siegert seine Rechte nicht beansprucht, obwohl er die Abstammung von Arztagen die Bekleidung bekränzt worden ist; ebenso hatte der Angeklagte, wie das Protokoll bestätigt, nicht das letzte Wort. Das Reichsgericht hat die Rechtskraft für begrüßt und angelehnt, das Urteil aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung an das Schwurgericht zurückverordnet.

Hohenkirchen, 4. März. Der Goldhöfchen-Bauern wurde während eines Streites von einem polnischen Dienstmädchen in den Arm gebissen. Es trat Blutvergiftung ein, an der Bauer in zwei Tagen starb.

Halle a. S., 4. März. Ein Unbekannter kostete nachts den Wirt vom „Röten Haus“ bei Krostitz im Saalekreis heraus. Als der Wirt die Türen öffnete, wurde er sofort durch zwei Kugeln geschüttet. Am Türrahmen fand man einen Ketten, der belegte, daß noch andere ein gleiches Schicksal haben sollten.

Gera, 4. März. Der geflüchtete Weber Gräßle erhob seine Faust und erhängte sich selbst.

Eifel, 4. März. Zwei Männer überfielen den Juwelier Schmid in seinem Laden, krempelten ihm das Hemd über die Augen und stahlen zahlreiche Goldschmiedearbeiten.

Röthenbach, 4. März. Bei dem heute in den Räumen des Badischen Landestheaters ausgebrochenen Feuer wurden vier Personen um, wie es heißt, auch ein Feuerwehrmann, durch die durch das Wasser aufgeweckte Dose in die Tiefe. Ein Baurat war sofort tot, ein anderer schwer, ein dritter leicht verletzt. Neben der Schüssel des vierten ist noch nichts bekannt. Der angekündigten Schaden wird auf über 100 000 Pf. geschätzt, der hauptsächlich das Antiquariat des Buchhändlers Liebermann trifft.

Dresdner Polizeibericht vom 5. März.

In der Zeit vom 22. bis 24. v. M. ist auf dem Gütenhofen der Güterverwaltung Dresden-N. eine Tonnen Batterie, gewidmet G. H. 734, 29 Kilogramm schwer, mit eingeschmolzenem Blei, durch die durch das Wasser aufgeweckte Dose in die Tiefe. Ein Baurat war sofort tot, ein anderer schwer, ein dritter leicht verletzt. Neben der Schüssel des vierten ist noch nichts bekannt. Der angekündigten Schaden wird auf über 100 000 Pf. geschätzt.

Ein angeblicher russischer Student, jista 20 Jahre alt, mitteile schwärzige Farben, bartlos, hat hier verschiedene Ladestände ausgerichtet. Ende Dezember 1907 ist er auch im Februar einer 18er, goldenen Damenteile mit dem Monogramm W. B. auf dem inneren Gehäusebedeck die Bezeichnung „Wroclaw, Hamburk“, sowie einer 1,88 Centimeter langen dünnen 14er, goldenen Damenteile getragen. Diese Gegenstände will er einer unbekannten Dame geschenkt haben, welche aber bis jetzt noch keine Anzeige erlassen hat. Die Uhr ist verloren worden. Der Käufer ist noch nicht zu ermitteln gewesen. Die Waffe, sowie die Photographie des Täters liegen zur Ansicht in der Krim-W. Zimmer 87 aus. Die bestellte Dame bezog, der gegenwärtige Besitzer der Uhr werden erfuhr, sich zu melden.

Wetterbericht von der Wetterküche an der Augustusbrücke.

am 5. März, mittags 12 Uhr.

Barometer: 750. Veränderlich.

Thermometer: +5° R.

Thermometergrau: Min. +1, Maxim. +5.

Hygrometer: 78%.

Wasserstand: -47.

Wetterprognose des Sächs. Meteorologischen Instituts zu Dresden für den 6. März 1908:

Wetter sehr, aber veränderlich, teilweise leichte Niederschläge; veränderliche Winde; Temperatur nicht erheblich gründen.

Letzte Telegramme.

Die japanisch-chinesischen Beziehungen.

London, 5. März. Daily Telegraph meldet aus Tokio: Die Antwort Chinas auf Japans Vorstellungen wegen der Verhandlung des Dampfers Tatsu Maru enthält zwar keine Ablehnung, sondern spricht die Bitte um Entschuldigung für die ungerechte Behandlung aus.

Morningpost berichtet aus Shanghai: Die Beziehungen zwischen China und Japan sind wegen der Beleidigung des Tatsu Maru aufgespannt. Japan erklärte, wenn der Dampfer fre

I. Beilage der Sächsischen Arbeiter-Zeitung.

Dresden, Donnerstag den 5. März 1908.

19. Jahrgang

Nr. 54.

Sächsische Angelegenheiten.

Im Landtage

wurde gestern in einer Ratsitzung eine Anzahl wichtiger Sachen heruntergelegt. Dennoch waren beiwohnt sechs Stunden erforderlich, um zum Schluß kam, der endlich nachts kurz vor 11 Uhr einholte. Die Verhandlungen gingen vor leeren Plänen vor sich. Das Haus war wohl zu keiner Zeit beschäftig. Eine einzige Abstimmung der Bevölkerung hätte den Karten zum Studien gebracht.

Zunächst kam der Bericht des Oberrechnungshofammet zur Beratung. Dieser Sach hatte in der ersten Kammer etwas Staub aufgeworfen. Die Oberrechnungskammer hatte eine Art Vorbericht über die Ausgaben in der Qua-periode 1903/04 und die vorher gekommenen Überbeschreibungen gegeben, was dabei aber so verfahren, daß niemand recht klug daraus wurde, ja, daß man ein völlig falsches Bild von der Sache erhielt. Der Zwischen-Oberbürgermeister teilte das in der ersten Kammer aufgestellten und der Finanzminister ihm beigelegte. Das war auch im Plenum der ersten Kammer zum Ausdruck gekommen. Wer nun auf eine interessante Fortschreibung dieser Angelegenheit in der zweiten Kammer rechnete, hatte sich getäuscht. Man war hier vielleicht berührt, die Sache zuzulegen. Schon der Berichtsstaat der Rechnungsabteilung, der Adm. Gontard, breitete den Mantel der Nachsicht über die ganze Geschichte und hieß die Sache als herzlos abqualifizieren. Es handelte sich gar nicht um technische Fehler, sondern nur um eine Unfertigkeit bei der Gegenüberstellung. Tobel unterwarf er auch einen Vorstoß gegen den Finanzminister, dem er Nebenstellung vorwarf und dem er es aus Kontrolle schaute, daß die Sache von der Presse feststellbar aufgebaut worden sei. Nach dieser national-liberalen Prüfung nahm der Finanzminister das Wort. Er erklärte zwar zunächst, daß er von dem, was er in der ersten Kammer gesagt, kein Wort zurücknehme, stimmte dann aber auch zustimmen und schwächte seine Ausschreibungen in der ersten Kammer tatsächlich berichtiglich ab. Es handelte sich, so führte er aus, nicht um Unzulänglichkeiten, sondern nur um mangelnde Klothes; es liegt kein Grund vor, der Überrechnungskammer das Vertrauen zu entziehen. Damit gab sich das Haus auch zufrieden, worauf die Übereinstimmung bei diesem Kapitel, die ja mit dem unklaren Vorbericht in seinem Zusammenhang stand, beschlossen wurde.

Dann wurde lang und breit über Überrechnungen verhandelt, die ja nun auch in Sachen eingeführt werden sollen. Das war eine Sache, die die Besitzenden interessierte. Deshalb gab es eine lange Debatte, an der sich auch der Kultusminister beteiligte.

Schließlich stand noch das Kultusministerium zur Beratung. Hier kam es zu einer kurzen Debatte über die höhere Mädchenbildung. Tobel versuchte den Kultusminister den Verdacht zu erheben, daß er auf diesem Gebiete ein Realist sei. Dann langte er über wieder das Vieh von der Frau, die ins Haus gehöre, und was den wenigen Mädchen, die ein Gymnasium brauchten, weil sie keine Nachschulen zu dem späteren Hochstauenberuf hätten. Denen solle auch geholfen werden, zunächst durch einen Ausbau der höheren Töchterschulen.

Der Kultusminister rief eine kurze aber lebhafte Debatte hervor, in der sich die Liberalen darüber beschwerten, daß die Kirchenbehörde, einem Schluß der Landeskirche folgend, bei Kirchenvorstandswahlen ein kirchliches Glaubensbekenntnis fordere. Dieser Glaubensklausur werde dazu führen, daß die Beteiligung an Kirchenvorstandswahlen noch schwächer werde als bisher. Demgegenüber vertrat Goldstein die Ansicht, wer einmal in der Kirche sei, müsse auch diese Konsequenzen in Kauf nehmen.

Mit einem glänzenden Sieg der Arbeiterschaft endete die Wahl der Ortsräte am Sonntag. Die Wahl der Ortsräte fand in Dresden statt. Die Alte der Gewerkschaftsräte drang mit gewaltiger Stimmenmehrheit durch. Es wurden dafür 12743 Stimmen abgegeben, gegen die legitime, für ungültig erklärt Wahl 2500 mehr. Auf die nationale Liste entfielen 3257 Stimmen, also 190 mehr als bei der letzten Wahl.

Um diesen gewaltigen Sieg würzen zu können, muß man sich die Interessen der Gegner und die Maßnahmen der Behörden vergegenwärtigen. Schon die Ungleichheitserklärung der letzten Wahl war ein leidlicher Schaden der Behörde gegen die Ortsräte. Der nationalen Freibereien wurde dadurch reicher Agitationsspielraum gegeben. Sie traten jetzt damit, daß sie Verlogenheiten über unberührten Wohltertum durch die Ungleichkeitserklärung eine Erklärung erheben hätten. Die Bögen der Schubert und Rabe wurden nicht aufgeworfen und womöglich noch erweitert.

Schließlich erfolgte drei Tage vor der diesmaligen Wahl die Amtseinführung des Reichsverwesers unter einer Begründung, die den Gegnern wiederum reichen Agitationsspielraum zu ihren Verdächtungen und Freibereien liefern. Und endlich kam dazu, daß sich nicht ableugnen läßt, daß die Ortsräte der Verwaltung fehlten gemacht hatte, die freilich bei weitem nicht so schlimm waren, wie die Gegner es ausführten, die aber doch gegen die legitime Beteiligung der Räte auszuweichen wußten. Es sah nichts, daß die Räte verhindert wurden, daß der kleine Nebenverein zum größten Teil eine Erbhaber der ehemaligen bürgerlichen Bewegung der Räte gewesen ist, zu welcher Zeit es schlimm in der Räte stand. Die Gegner verbreiteten und verbreiteten und batten es leicht, denn sie bedrohte die Begründung bei ihnen den Stoff. Sie bewirkten in Wirklichkeit nur, daß die außerordentliche Sitzung im Kongress gegen die Räte verhindert wurde.

Und noch offizielle Umstände der glänzenden Sieg, trotzdem eine ordentlich blamable Niederlage der Nationalen, die diesmal aber aufgeworfen hatten und von Behörden und Unternehmern noch überdrückt unterdrückt wurden. Außerordentliche Maßnahmen wurden von den Behörden angeordnet, die Wohlfreiheit zu sichern. Es ist nur darauf hingewiesen, daß für die weiblichen Mitglieder, auf die wohl die Nationalen in erster Linie rechneten, ein besonderes Wahllokal eingerichtet werden sollte. Die Chemnitzer Arbeiterschaft hat gezeigt, daß sie sich bewußt ist, durch welche Vertretung ihre Sache am besten gewahrt wird.

Ein Gesetzentwurf gegen die Versammlung von Stadt und Land ist dem Landtage zugegangen. Danach sollen die Polizeibehörden beauftragt sein, Stellmäzehen aller Art (insbesondere

Fusschriften, Abbildungen, Gemälde, Schaukästen) sowie sonstige Aufbretter, Abbildungen, Gemälde und dergl. dann zu verbieten, wenn sie geeignet sind a) Strafen, Plakate oder einzelne Werke oder b) das Druckschrift oder c) das Landtätsbild zu verunstalten. — Die baupolizeiliche Genehmigung zur Ausführung von Bauten und baulichen Änderungen kann verliehen werden, wenn durch die Bauausführung ein Bauwert oder dessen Umgebung oder das Straßen- oder das Druckschrift oder das Landtätsbild verunstaltet werden würde. Ebenso kann die Genehmigung von Bebauungs- und Flächlinienplänen verhagt werden, wenn durch deren Ausführung gleiche Verunstaltungen herbeigeführt werden würden.

Der Entwurf wird demnächst im Landtage zur Beratung kommen.

Ausgehobenes Militärverbot.

Dass die Militärbehörden teilweise immerhin bei Militärverboten noch einsichtsvoller sind als die Zivilbehörden, zeigt nachstehende Aufhebung eines Militärverbotes durch das Generalkommando des 19. Armeekorps in Leipzig. Der Befehl dat. am 10. September 1906 durch Brandenburg sehr schwer geschädigten Rathauses Gabe Gottlieb Benjamin Lindner in Johanngeorgenstadt, hatte das „schwere Verbrechen“ begangen und den Sozius seine Vollzähligkeiten zu Verhängung gestellt. Dieser wurde als „Strafe“ bestimmt, daß — Militärverbot über seine Vollzähligkeiten verhängt und er auf diese Weise doppelt geschädigt. Während die Hauptmannschaft Schwarzenberg wie auch das Regimentskommando zu Schwarzenberg ein von dem Gastwirt Lindner schon am 7. Mai 1907 eingetragenes Gesuch wegen Verbotsauflösung unbedenklich ließen, hat jetzt das Generalkommando des 19. (R. S.) Armeekorps zu Leipzig einen abermaligen Besuch des genannten Gottesmutes sofort bereitwilligst entsprochen. Hieraus ersieht man wieder einmal recht deutlich, daß die Befähigung der dauernden Militärverbote meistens auf Anordnung der Zivilbehörden erlassen werden. Denn belanglos war es das Generalkommando des 19. Armeekorps zu Leipzig, welches schon wiederholt erläutert hat, daß Militärverbote über Vollzähligkeiten, in welchen sozialdemokratischen Versammlungen stattfinden, nur an dem Tage, an welchem diese Versammlungen geplant sind, verhängt werden sollen. Das hindert jedoch die Zivilbehörden wenig in ihrem Vorgehen.

Schäfer um Umsatzsteuer und Wahlrechtsreform.

Dem Leipziger Tagblatt wird folgendes über die Umsatzsteuer-Debatte im Landtage geschrieben:

Man ist vielleicht der Ansicht, der Minister wolle Zeit gewinnen, um später für die Zustimmung der Regierung zur Umsatzsteuer die Zustimmung der Konservativen zu erhalten. Viele Vorschläge der Abgeordneten durch die Kommunalverbände, einzutragen. Wichtigst wurden in dieser Richtung Befürchtungen laut.

Das wäre ja allerleicht, wenn es schon so weit gekommen wäre. Und da entrüstete man sich im bürgerlichen Blätterwald noch darüber, wenn wir gelegentlich vom Wahlrechtschäfer sprachen.

Man weiß von nichts.

Das Restaurant Zum Schützen in Strehla hatte ein Militärdienst angekündigt. Kurz vor dem Konzerttag erhielt jedoch der Inhaber des Hauses von der Kapelle die Mitteilung, daß sie nicht spielen dürfe, da über den Gottesdienst das Militärverbot verhängt sei. In Strehla wußte man davon bisher nichts. Die Auflösung über den sonderbaren Vorfall soll wohl nicht auf sich warten lassen.

Buchen. Wie das heisige Garnison-Kommando bekannt gibt, sind nunmehr beim liegenden Infanterieregiment Nr. 103 außer an der bereits herrschenden Schäfer auch noch der Mann an Taphus erkämpft, und zwar zwei Mann der 6. und zwei Mann der 7. Kompanie. Beide Kompanien liegen in der inmitten der Stadt befindlichen alten Kasernen.

Meine Nachrichten aus dem Lande. Wegen jahrelang fortgesetzter, an Schulmädchen begangener schwerer Stillestreitverbrechen wurde in Hilbersdorf bei Freiberg drei Einwohner verhaftet. Diese Verhaftungen erfolgten bereits vor einiger Zeit, die letzte vor wenigen Tagen. Sie betrifft den Materialwalter in den Waldhüttenwerken Rothe, einen in den älter Jahren sterbenden bischöflich angelebten Mann. — Dienstag mittag durchsuchte sich in Weißbach der Schulehauptlehrer Ernst E., ein allgemein geschätzter Mann, die Schule. Schwerer, verdeckt durch einen beschürzten Gründelkasten, rührte die Urade der Bedauernswerten Tat her. — Auf der Bahnhofstraße in Döbeln gingen die Kutschpferde des Mittelgutschöpfers Oberndorf aus Pferde durch. Der Wagen wurde an einem Strohbaum gerammt und der Kutschpferd verletzt. — Wie höchstig man bei der Beleidigung einer Angemeldetenlage sein muß, zeigt wieder einmal ein Vorgang, der sich am Montag abends in Oberforchheim bei Klingenthal ereignet hat. Dort wollte der Schreiber des Waldgutes, Herr Schuh, sich vergewissern, ob die außerhalb des Hauses befindliche Anlage in Ordnung sei. Er setzte die Lampe, die er mitgenommen hatte, etwa 10 Meter von der Anlage entfernt weg; trocken erfolgte eine Explosion, durch die Herr Schuh erheblich am Fuß und an den Händen verletzt wurde. — Tödlich verunglückt ist am Sonnabend in Auerbach am Erzgebirge Franz Weber. Der Bedauernswerte war damit bedächtigt, Dorf mittels vorgespannter Pferde auf dem Rücken des Betriebs lange fortzutreiben, geriet dabei unter eine solde und wurde ein Stoß mit fortgeschleift. Den erlittenen schweren Verletzungen erlag der Verunglückte. — Einen unheimlichen Hund machen in Plauen mehrere schußfertige Kinder unweit der Sappenmühle. Am Ende verließ fanden sie einen zugeschütteten Kasten, der als Inhalt eine Kinderschädel barg. Ob das Kind lebensfähig war oder nicht, steht noch nicht fest. Die Polizei beschloß, den Hund.

Stadt-Chronik.

Wensterer.

Vor dem Militärgericht begann gestern der große Strafprozeß gegen die ehemaligen Mitglieder der südwürttembergischen Schützenkompanie König, Kluse und Glode. König stammte aus Löbau, während Kluse Oberspreewald und Glode Westfälisch ist. Die Anklage umfaßt zwölf Punkte und basiert auf den

schwersten im Militärstrafgesetzbuch enthaltenen Verbrechen: Mord, tödliche Angriffe auf Vorgesetzte, Verboriansverweigerungen, Widersetzungen und Achtungverleumdungen vor verlammelter Mannschaft unter Gewalt. Am unzureichenden Verhältnis bekleidet die Angeklagten den Gezeitengrad, waren an der Unterdrückung des Herero-Aufstands beteiligt und sind im Besitz der Afrika-Denkmäler. Klensek kamen sie nach Deutschland zurück und janden Aufnahme in der Deutschen Heimat in Goldwitz. Dort hat sich die Tragödie am 27. Juli vorigen Jahres abgespielt.

Trotzdem stand im Beide der Vogelwiese und die drei Südwesten hatten sich auf der Festwiese den ganzen Nachmittag Friedlich amüsiert. Um 6½ Uhr abends machten sie sich auf den Heimweg nach Goldwitz machen, da sie keinen Urlaub hatten. Sie hatten tüchtig gefeiert und befanden sich in äußerst animierter Stimmung. Im Speiselokal der Heilquelle war das Trio ziemlich laut und beschloß, den aufzuführenden Streichs zu Rücksicht anwendenden Unterzahlmeister Bißle um Urlaub zu bitten. Sie wollten um jeden Preis wieder auf die Vogelwiese. Der im Unteroffizierverhältnis stehende Unterzahlmeister verweigerte rundweg jeden Urlaub. Bißle wurde Bißle widerstreblich; sie und fertig zum Begehen trat er dem Unterzahlmeister entgegen. Da er dem Befehl, abzufallen und sich in den Schlafsaal zu begeben, nicht nachkam, legte ihm Bißle die Hand auf die Schulter und erklärte ihn für arreliert. An diesem Augenblick trat König in Aktion; er warf sich zwischen die beiden, stieß den Unterzahlmeister heftig zurück und rief ihm zu: „Machen Sie meinen Kameraden nicht unglücklich; er ist ja betrunken!“ Dann entfernte er sich mit Bißle nach oben. Der Vorgesetzte wollte gehen, was die beiden anrichteten und bog sich ebenfalls die Treppe hinunter. Auf dem halben Wege ließ er mit den beiden, die gerade die Heilquelle verlassen wollten, zusammen. Er machte Bißle auf seine Arrestur aufmerksam und erklärte ihm, daß er den Schlafsaal nicht verlassen dürfe. König stieß ihn an: „Sie haben mich beleidigt und sich an meinem Kameraden vergreissen!“ Während sich König mit dem Unterzahlmeister heftig herumstritt und ihn unter anderem beschimpfte, verlor Bißle sich in Bißle zu drücken. Bißle holte ihn aber bereits auf dem Hofe wieder ein und stellte ihn; König war den beiden gefolgt.

Auf dem Hofe spann sich der Streit weiter fort. Die erregten und angetriebenen Südwesten fanden seinem Befehl nach und nahmen eine drohende Haltung ein. Während sich aber Bißle mehr passiv verhielt, tobte König weiter. Der Unterzahlmeister versuchte ihn zu arretieren und zu entwaffnen, ohne ein Resultat zu erzielen. Als er sich nach Bißle umschau, bemerkte er den am wenigsten belasteten Unterzahlmeister Kluse. Er befahl ihm, dem König das Seitengewehr abzunehmen. Zu dieser Aktion zeigte Kluse wenig Lust und erklärte, erst sein eigenes Seitengewehr umzudrehen zu wollen. Diese Manövriulation zog sich sehr in die Länge und als Kluse endlich erschien, wußte ihm der Befehl noch mehrere Male wiederholt werden. Er ging auf König zu, redete ihn vertraulich an und fragte ihm nach längerer Unterhaltung mit den Worten: „Was mich nicht unglücklich!“ das Seitengewehr aus der Scheide. Der Unterzahlmeister verlangte aber auch noch die Scheide und das Koppel. König öffnete und schloß den Leibriemen unter höhnischen Bemerkungen mehrerenmal, war aber nicht zum Abschallen zu bewegen. Der Unterzahlmeister wollte nun den Soldaten den Leibriemen wegnehmen. Bei dieser Gelegenheit gab ihm König mit beiden geballten Fäusten einen festigen Stoß vor die Brust, daß er beinahe zu Boden gefüllt wurde. Kluse fanden dem bedrangten Unterzahlmeister mehrere Unteroffiziere zu Hilfe, überwältigten König und brachten ihn in den Schlafsaal. „Wir haben uns in Afrika fürs Vaterland geopfert und sollen nun eingesperrt werden!“ rief König noch seinem Gegner nebst einer Drohung zu. Später versuchte er ihn von einer Melbung der Sache abzuhalten.

Der Unteroffizier meldete die Straftaten nach der Woche des Leib-Grenadier-Regiments und bat um Absendung einer Patrouille. Ein Gefreiter und drei Mann unter Führung eines Feldwebels marschierten darauf zur Festnahme der Südwesten nach Goldwitz ab. Bei ihrem Eintritt in der Heilquelle lag das Kreuzblatt im Schlafsaal auf den Betten und weigerte sich mitzugehen. Sie brachten der Patrouille ein Projekt dar und ultierten sie auf alle mögliche Art und Weise an. Als sie sich endlich angekleidet hatten, nahmen sie formell Abschied von dem Befehl und wurden unter Anwendung von Gewalt in den Hof gebracht. Bißle und König wollten absolut nicht mit und leisteten Widerstand; die Patrouille nahm sie in die Mitte und marschierte mit ihnen ab. Sie verlangten, mit der Elektrizität zu fahren; König und Bißle legten sich auf die Erde und erklärten, nicht weiter laufen zu können. In diesem Benehmen der Patrouille gegenüber liegt der Begriff Meuterei.

Für die Dauer der Verhandlung sind zwei Tage angezeigt; unter einem großen Zengenapparat sind als ärztliche Sachverständige Herr Stabsarzt Dr. Vennecke und der bekannte Dresdner Nervenarzt Dr. Siegemann tätig. Außer diesen beiden fungieren noch drei Militärärzte als sogenannte Sachverständige-Zeugen. Die drei Angeklagten machen einen äußerst stummschlüssigen Eindruck und folgen apathisch und schwerfällig dem Laufe der Verhandlungen. Die Vernehmung Königs wurde durch einen Zwischenfall unterbrochen; nach einem heftigen Weinkampf stürzte er plötzlich aus dem Armeeübungsbauhaus heraus in die Mitte des Saales. „Der ist ja allein im Schul!“ schrie er und donnerte auf den eben vom Unterzahlmeister verlassenen Stuhl. Abends um 8 Uhr, nach dem Gutachten der Sachverständigen, wurden die Verhandlungen abgebrochen und auf heute vertagt.

König ist gefundsklar am Schwert geschädigt; er gehörte einer Provinzialeinheit an und befand sich in Südwesten auf dem Marsch. Er will angeblich fünf Minuten anfallen durchgemacht, sich aber nur einmal frisch gemeldet haben. Auf die Frage des Verhandlungsführers, warum er sich die anderen Male nicht in ärztliche Behandlung gegeben habe, erwiderte er, daß der Oberarzt gefährdet hätte: „Ich kann keinen Kontakt melden, die Leute werden gebraucht!“ Dann hat König auch noch eine schwere Gedächtnisschwäche durchgemacht. Der zweite Angeklagte Kluse ist nach infolge der afrikanischen Ruhe einen schweren

Oberlandesgericht.

Unerlaubtes Kinderfest. Der Turnverein in Cotta bei Chemnitz veranstaltete am 18. August vorigen Jahres einen Familienausflug nach Dresden's Galatho in Ober-Schneidersdorf. Den Teilnehmern wurde das Wiederbringen ihrer Kinder anempfohlen und Belustigungen für die Jungen in Aussicht gestellt. An dem Ausfluge beteiligten sich ungefähr 100 Familien und 100 Kinder. Am Gartens des Galathos wurden für die Kinder unter Aufsicht Grünscheine Bewegungsspiele veranstaltet. Später wurden sie mit Käse, Kuchen und Wurstchen bewirtet; außerdem erhielt noch jedes Kind ein kleines Weckdank. Abends auf dem heimwärts der Rollen nahm man vor Kost 30 Pf. Konzert, Vogelkonzert und dergleichen Land nicht statt; es handelt sich nur um einen familiären Ausflug. In dieser Veranstaltung sah die Behörde ein „Kinderfest“ und belegte den Vorsitzenden des Turnvereins, Richter, mit einer Sanktionsstrafe von 10 M. auf Grund einer Bekanntmachung der Polizei-Schul-Inspektion Chemnitz vom Jahre 1894 über öffentliche Kinderfeste. In dieser Bekanntmachung wird die Veranstaltung derartigen Belustigungen von der vorherigen Ebulona einer Genehmigung abhängig gemacht. Der Angeklagte hatte keine Erlaubnis eingeholt, da er in der Ausfertigung kein Kinderfest, sondern nur einen Familienausflug erklärte. Ein Antrag auf rücksichtliche Erholung erwies sich als erfolglos; das Schiedsgericht sah in der Veranstaltung kein öffentliches Kinderfest und erkannte auf Preisrechnung des Antragstellers. Dagegen legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein, worauf das Landgericht das Urteil der Verteilung aufholte und auf eine Verurteilung stufte. Manucht wurde der Angeklagte mit einer Revision an das Oberlandesgericht überreicht. Eine Bekanntmachung des Begriffs „Kinderfest“. Außerdem geht es um Gültigkeit der Bekanntmachung an, da sie sich einen Einschlag in die öffentliche Gewalt erlaube. Der Senat verworffte die Rechtsmittel und schloss sich den Vorderrichtern an. Nach Ansicht des Senats habe das Kinderfest stattgefunden; die Art der Deckung der Rollen lasse wiederum keinen Zweifel aufkommen. Die Kinder hätten sich unter der Leitung eines Grünscheins amüsieren, ohne daß sich die Eltern viel um sie gesorgt hätten. Von einem Einschlag in die öffentliche Gewalt kann der Bekanntmachung Kunde ebenfalls keine Rede sein. — Natürlich handelt es sich um Arbeiter und Arbeiterskinder!

Gaufmannsgericht.

Re 41.06 R. Geschäftsführung forderten die Verkäuferinnen Horn und Haury von der Firma Singer u. Comp. Die Alagerinnen behaupten, der Geschäftsführer habe ihnen am 30. Dezember für Ende Februar gefügt. Nach dem Bericht besteht nur eine einmonatige Kündigung. Die Alagerinnen Haury will bei der Kündigung ausdrücklich nochmals gefragt haben, wann sie gehen solle, worauf sie der Geschäftsführer wiedert den 1. März als Entlassungstag angab. Am 16. Januar soll die Alagerin Haury gefragt haben, ob es bei der Kündigung für 1. März keine Absicht gebe. Er soll ihr mit Falz geantwortet haben. Alles das bestreitet der Geschäftsführer. Doch die Alagerinnen ihn nochmals gefragt hätten, habe er nicht gehört. Der Vertreter der Verkäuferinnen bestreitet die Alagerinnen, bezeichnet sie als unglaublich und ist erstaunt gegen sie, wie man es nicht für möglich halten sollte. Da die Alagerinnen nicht schwören wollen, werden sie mit ihrer Klage abgewiesen. (Vorsitzender: Obergerichtlicher Stellvertreter, Prinzipsatzbelehrer: Kaufmann Neppeler und Haberlebischer Sonntag, Angestelltenbelehrer: Buchhalter Schenke und Kontrakt Rothe.)

Dresden Kreisdenkschriften 1907.
Nach dem Monatsbericht des Statistischen Amtes der Stadt Dresden für Monat Januar 1908 ist der Fremdenverkehr auch im abgelaufenen Jahre sehr rege gewesen und erreichte im Monat August mit 48 723 angekommenen Fremden seinen Höhepunkt. Die nächsthöchsten Zahlen verzeichnete die Monate September mit 46 188, Juni mit 46 079 und Juli mit 44 322 angekommenen Fremden. Der geringste Fremdenverkehr herrschte im Dezember, in dem jedoch immer noch 21 067 Fremde in Dresden ankamen. Insgesamt sind im abgelaufenen Jahre 432 401 Fremde in Dresden angekommen.

Der erste Kreisdenkschrift hat sich bejohnt im letzten Sommer im Interesse des Vereins zur Förderung Dresdens und des Kreisdenkschriften am Hauptbahnhof versammelt und durchgeführt ist weit über 50 Auflösungen erreicht worden. Es überreichten auch die Jüdischen der gemeldeten jüdischen durch finanziell die Jüdischen der gemeldeten von Dresden weggezogenen selbständigen Betrieben mit Angehörigen und Dienstboten. Es zogen im abgelaufenen Jahre 74 785 Personen zu, während 66 871 Personen von Dresden weggingen.

Terrorismus.

In einer am Montag abend im Volkshaus abgehaltenen Versammlung des Dresdner Sozial- und Krankenpflegepersonals wurden auch die Organisationsverhältnisse im Dresdner Lehrerhaus zur Sprache gebracht. Es wurde festgestellt, daß die Organisation, die vor ein und zwei Jahren den Verhältnissen entsprechend eine gute zu nennen war, jetzt auf ein Maximum zusammengebracht ist. Und zwar hat das zum großen Teil seine Ursache in der Art, wie von dem Leiter der Stiftung, einem Sanitätsrat, gegen das Personal vorgegangen wird. Es wird eine scharfe Kontrolle darüber geübt, ob jemand vom Personal der Organisation angehört. Wird den organisierten Bürgern eine Einladung zur Gemeinschaftsversammlung zugesandt, dann werden die Beziehenden zum Sanitätsrat bejohnt und bejagt, ob sie etwa dem Verband angehören. „Solche Leute kann ich hier nicht gebrauchen“, sagt dann der Herr Sanitätsrat. Um nicht entlassen zu werden, ziehen es dann die Angestellten vor, der Organisation den Rücken zu lehnen oder sich dieser nicht mehr anzuschließen. Ein weiterer wichtiger Eingriff in die persönliche Freiheit des Personals erlaubt sich der Herr Sanitätsrat dadurch, daß er den Angestellten nicht gestattet, die Arbeitszeitzeitung zu lesen. Wer aber vom Personal die Arbeitszeitzeitung trotzdem hält und einer etwaigen Nachprüfung ausgesetzt wird, muß sich die Zeitung in die Kanzlei ihm übergibt. — Was sagt der Rat dazu?

Der Kampf um die Leiter.

Eine Leiter kann unter Umständen ein sehr müßiges Instrument sein. Diese Meinung liegt offenbar auch der Rat zu Dresden, denn er hat einen sehr energischen Kampf gegen einen Haushaltspfleger in Pitschen geführt, der dafür nicht das rechte notwendige Verhältnis zu haben scheint. Es handelt sich um eine Leiter zum Schuhreinigungen. Belegter Haushaltspfleger hat nun zwar eine lokale, wie vorgerichteten, der Stadtrat verlangt deren aber zwei, und zwar eine besondere für den Schuhreiniger des Waldhauses. Der Haushalter zögerte sich förmlich. Nun trat der ganze amtliche Apparat in Funktion. In drei Verhandlungen wurde dem Mann geholfen: 1. eine zweite Leiter anzubieten, 2. weil das nicht geholfen, 20 M. Strafe zu zahlen, und 3. für den „Angestellten“ 10 M. Strafe zu zahlen. Der Haushaltspfleger kann sich jedoch nicht räumen und legte Anklage bei der Kreishauptmannschaft ein. Dieselbe gab alle drei Verhängungen des Rates auf, und meinte: „Es gibt neuer eine strengere noch eine landesrechtliche Bestimmung, auf welche die Verordnung gegründet werden könnte.“ —

Das hat die Kreishauptmannschaft wohl ederibel natürlich erst hoffnungen, ehe sie es dem Rat mitteilten konnte. Und so war man gespannt, in allen verdeckten, vermoderten Gelehen herauszuwählen, die bald bis ins Mindeste hineinragen. Da stand man denn, daß die Vorsteuererhöhung vom August 1715 ebensoviel in das Verlangen des Rates folgt wie das Mandat vom Jahre 1719. Beide Seiten werden in der Entscheidung der Kreishauptmannschaft in den einblägigen Besitzungen sitzen, wenn der Rat zu Dresden sich höchstlich zuvielen gibt. Im anderen Falle ist ja die leise Hoffnung, das Oberverwaltungsgericht, auch noch da. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Rat zu Dresden die wohlbewegte Leiterfrage dort gut legen kann.

Bemerkte jetzt noch, daß der Schuhreiniger Obermeister Stadtverordneter Müller dem Rat als Sachverständiger zur Seite stand. Zur ersten Gutachten hatte aber die vermeintliche Behörde angeklagte der entsprechlichen Sachlage keine Sympathie. Und so ist der Rat eben überrumpft. Das ist nun ja schon wieder ein sehr ungernes Ereignis es kann die Behörde mit der Sache nicht gerade eilig zu haben. Am 22. November 1907 wurde die fragliche Entscheidung getroffen, am 11. Januar 1908 aber belast der Haushalter erst Nachricht darüber. Was dann bei der Sache war die Leiter verhältnis 14 Monate gebaut. — Es ist die Untertreibung!

Arbeiterrisiko.

Ein grauslicher Unfall ist am Dienstag kurz nach 10 Uhr im Reichsgerichts-Zweckbau in Berlin-Reichstag passiert. Der Boden der Reichsgerichts-Zweckbau aus Oberwörth war mit dem Spangen größerer Steinblöcke be-

schäftigt. Bei dem Abbrechen des Sprengsches hat er jedenfalls die Entzündung des Sprengs, da der Wind stark ging, nicht gelehrt. In der Annahme, daß der Spreng nicht gefügt hat, schuldet er das Ende des Sprengs ab, um ihn von neuem anzubrennen. Dabei ging der Spreng los und zerstörte die Brücke den Kopf. Das Spreng lag 20 Meter weit herum. Der Verunglückte war 50 Jahre alt und ein erfahrener, tüchtiger, vorsichtiger Arbeiter. Sechs Kinder, die Witwe und sein alter Vater trauern um ihn.

In der Papierfabrik von Heller, Grünestraße, wurde einem Mädchen an der Maschine die eine Hand zerquetscht. Das ist in kürzer Zeit dort der zweite derartige Unfall.

Gaufmannsgericht.

Re 41.06 R. Geschäftsführung forderten die Verkäuferinnen Horn und Haury von der Firma Singer u. Comp. Die Alagerinnen behaupten, der Geschäftsführer habe ihnen am 30. Dezember für Ende Februar gefügt. Nach dem Bericht besteht nur eine einmonatige Kündigung. Die Alagerinnen Haury will bei der Kündigung ausdrücklich nochmals gefragt haben, wann sie gehen solle, worauf sie der Geschäftsführer wiedert den 1. März als Entlassungstag angab. Am 16. Januar soll die Alagerin Haury gefragt haben, ob es bei der Kündigung für 1. März keine Absicht gebe. Er soll ihr mit Falz geantwortet haben. Alles das bestreitet der Geschäftsführer. Doch die Alagerinnen ihn nochmals gefragt hätten, habe er nicht gehört. Der Vertreter der Verkäuferinnen bestreitet die Alagerinnen, bezeichnet sie als unglaublich und ist erstaunt gegen sie, wie man es nicht für möglich halten sollte. Da die Alagerinnen nicht schwören wollen, werden sie mit ihrer Klage abgewiesen. (Vorsitzender: Obergerichtlicher Stellvertreter, Prinzipsatzbelehrer: Kaufmann Neppeler und Haberlebischer Sonntag, Angestelltenbelehrer: Buchhalter Schenke und Kontrakt Rothe.)

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Arbeitslosigkeit im Textilgewerbe.

Der Textilarbeiterverband hat im Jahre 1907 zwei Erhebungen über die Arbeitslosigkeit im Verband veranstaltet, eine am 12. Juni, eine am 9. November. Am ersten Termin hatte der Verband 118 133 Mitglieder, an der Zahlung beteiligten sich 87 Proz. brauchbare Karten gingen 103 250 ein. Davon waren erwerbslos 5931 Mitglieder oder 5,7 Proz. zusammen 182 994 Tage.

Am 9. November beteiligten sich von 120 616 Mitgliedern 89 Proz. an der Zahlung. Brauchbare Karten gingen 107 115 ein. Erwerbslos waren 6585 Mitglieder gleich 6,2 Proz. zusammen 224 468 Tage.

Bei diesen erwerbslosen Mitgliedern waren infolge Krankheit ohne Beschäftigung am 12. Juni 3441 zusammen 102 208 Tage, am 9. November 3501 110 050 Tage. Die Statistik zeigt jedoch, daß die in der Textilindustrie beschäftigten Arbeiterinnen nicht unter der Arbeitslosigkeit zu leiden haben und vor allem Dinger mehr infolge ihrer Beschäftigung von Krankheiten beeinträchtigt werden und genötigt sind, die Arbeit aufzugeben, als die Männer. Der Verband hatte am 12. Juni 43 250 weibliche Mitglieder, am 9. November 43 608. Erwerbslos waren am 12. Juni zusammen 3730 128 345 Tage. Davon waren Frauen 2143 zusammen 68 026 Tage, freiwillig hatten 417 die Arbeit 19 056 Tage ausgelegt. Der Rest war aus anderen Gründen arbeitslos. Am 9. November waren 4374 weibliche Mitglieder zusammen 171 720 Tage erwerbslos. Hierzu waren 2238 zusammen 52 748 Tage wegen Krankheit zur Unfähigkeit berechtigt. Freiwillig hatten 913 Arbeiterinnen 450 8 Tage die Arbeit aufgegeben. Die Zahl der infolge Krankheit oder aus anderen Ursachen erwerbslosen weiblichen Mitglieder übersteigt die der männlichen am 12. Juni um das Dreifache, am 9. November um das vierfache. Bei den männlichen Mitgliedern entfielen am 12. Juni auf 71,4 Mitglieder 1 arbeitslos, bei den weiblichen schon auf 24,7 1 jüngster Zähltag der zweiten Zahlung hatte sich der Stand etwas verschoben. Es entfielen auf 70,9 männliche und auf 18,0 weibliche Mitglieder je 1 arbeitslos. Vergleichbar der Krankheitsfälle ergaben in dieser Beziehung beide Zählungen dass gleiche Resultat. Es fanden je 1 brauchbare Karte auf 49,5 männliche und 18,1 weibliche Mitglieder. Die Durchschnittsdauer der Krankheit betrug, daß eine Mal bei männlichen Mitgliedern 26,3 Tage, bei weiblichen 31,7 Tage; das andere Mal bei männlichen 30,5 Tage, bei weiblichen 31,8 Tage. Die Durchschnittsdauer der aus anderen Gründen vorhandenen Arbeitslosigkeit betrug zur Zeit der ersten Zählung bei Männern 22,6 Tage, bei Arbeiterinnen 38 Tage; zur Zeit der zweiten Zählung bei Männern 14,7 Tage, bei Arbeiterinnen 47 Tage.

Die Fortsetzung, die sich für jeden sozial denkenden Menschen ergibt, ist die der Arbeitsverstärkung, die in der Textilindustrie an und für sich eine unverhältnismäßig lange ist, zumal auch für die zahlreichen Arbeiterinnen.

Zuletzt haben die Textilarbeiternehmer eine Betriebsbeschränkung von 10 Proz. beschlossen und durchgeführt, um durch die Produktionsbeschränkung die Preise der Waren in die Höhe zu treiben.

Soziales.

Personalien.

Genosse Fritz Föller, langjähriger Vorsitzender der Agitationskommission der Dresdner Metallarbeiter, wurde zum ersten Bevollmächtigten der hiesigen Zunftstelle gemacht. Als zweiter Bevollmächtigter ist schon vor einigen Monaten Genosse Marx als Rathenow tätig, der dort Geschäftsführer des Metallarbeiterverbandes war. Der frühere erste Bevollmächtigte, Genosse Hartmann, ist in das Bureau des Centralvorstandes in Stuttgart eingetreten. Der hiesige zweite Bevollmächtigte, Genosse Peter, fungiert seit 1. Januar als Geschäftsführer des Metallarbeiterverbandes in Plauen i. V. Schließlich ist noch an Stelle des jüngst verstorbenen Genossen Walter, der erst seit Januar im Metallarbeiterbüro tätig war, Genosse Rückert, früher Direktor und Vertretermann des Verbandes der Gewerke, der bekanntlich mit dem Metallarbeiterverband verschmolzen wurde, als Vertreter gewählt worden.

Inland.

Arbeitssekretär für Neuhausen gefunden.

Für das zum 1. Juli neu zu errichtende Arbeitssekretariat sucht das Gewerkschaftsamt Neuhausen in Holstein einen Arbeitssekretär. Anfangsgehalt 2400 M. Gehalt für Genossen, die auf diesen Posten reagieren, haben ihre berufliche Tätigkeit auf Partei- und gewerkschaftlichem Gebiet ihrer Bewerbung beizufügen. Bewerbungen müssen spätestens bis zum 7. März 1908 mit der Ausschrift „Bewerbung“ bezeichneten Unterzeichnungen eingegangen sein.

Chr. Brandt, Schützenstraße 18, 2.

Das Gewerkschaftsamt.

2. Beilage der Sächsischen Arbeiter-Zeitung.

Dresden, Donnerstag den 5. März 1908.

19. Jahrgang

Nr. 54.

Sächsischer Landtag.

II. Stammer.

75. Sitzung vom 4. März 1908.

Beratung steht als erster Punkt der Bericht der Steuerabteilung über Kapitel 88 des Rechenschaftsberichts, Obersteuerabteilung.

Abg. Wontori (Berichterstatter) — fasst unverändert auf der Tabelle: Die Oberrechnungskammer hat eine allgemeine Darstellung über die Einnahmen und Ausgaben im Staatshaushalt gegeben. Darauf hat die Obersteuerabteilung etwas ganz anderes herausgelassen. Regierte, wie sie die Oberrechnungskammer angeföhrt hat, sind außerordentlich wenig. Es gehört auch gar nicht zu den Aufgaben der Oberrechnungskammer, dergleichen Vergleiche in Gestalt von Vorberichten zu geben. Diese Ansicht soll vielmehr nur die Ausgaben des Staates wiedergeben auf ihre Berechtigung hin nachprüfen. Das muss allerdings gehalten werden. Doch kann ich die Gegenüberstellung der Gesamtbewilligungen und der Oberrechnungskammer nicht verhindern haben. Jedenfalls hätte die Oberrechnungskammer die Sache etwas verständlicher machen sollen. Es liegt aber kein rechtlicher Grund vor. Die ganze Unmöglichkeit beruht darauf, daß verschiedene Zahlengruppen nebeneinander gestellt worden sind, die auf abweichenden Grundlagen beruhen. Aber die Unmöglichkeit ist nicht im geringsten geeignet, das Vertrauen zur Oberrechnungskammer zu zerstören. Ich hätte nur gewünscht, daß der Berichterstatter der Ersten Kammer und auch der Finanzminister, ehe sie ihre Erklärung abgegeben, die Oberrechnungskammer gehört hätten. Es wäre uns dann erspart geblieben, daß die Presse die Sache ungünstiger aufgebaut hätte. Ich glaube, wir können der Oberrechnungskammer aus ferner unser Vertrauen bewahren. Der Redner verläßt dann eine Sitzung der Oberrechnungskammer zu dieser Stunde, durch die diese dazugelegte berichtet, wie sie zu den verschiedenen Aufstellungen gekommen sei. Der Berichterstatter fügt noch hinzu, daß auch über die Staatsperiode 1902/03 ein solcher Bericht aus den Vergleichungen der Oberrechnungskammer entstanden sei, ohne daß irgendwelche Beanstandungen gemacht worden wären.

Abg. Kühnert (soz.): Ich glaube, Sie sind alle darüber erfreut, daß diese Angelegenheit als harmlos sich aufgeklärt hat, während wir gesetzt haben, daß sich die Vorwürfe nur gegen einen sogenannten Vorbericht gerichtet haben, der von rechtlicher Bedeutung nicht ist. Gerade, daß Vertrauen für die Oberrechnungskammer ist so leicht nicht wieder herzustellen. Um so mehr müssen wir uns hüten, über alle Angriffe gegen diese Institution zu richten.

Finanzminister Dr. Müller: Ich kann erklären, daß ich von dem, was ich in der Ersten Kammer gesagt habe, nichts zu übereinnehmen habe. (Hört, hört!) Es ist gefaßt worden, ich hätte die Oberrechnungskammer erst hören sollen, ehe ich mich dazu äußerte. Zugleich war schlechterdings keine Zeit. Das in der Ausführung der Oberrechnungskammer etwas Unrichtiges enthalten sei, habe ich gar nicht behauptet, ich habe nur gesagt, es fehle anderthalb Klarein. Darauf kann das Vertrauen zur Oberrechnungskammer auch nicht erschüttert worden sein. Die Oberrechnungskammer hat die Aufgabe, die Kontrolle über den Staatshaushalt herzustellen. Bisher haben sich keine bedeutenden Unterschiede mit dem Finanzministerium ergeben. Rechnungsberichte sind noch immer beglichen worden. Wir haben auch aus dem erörterten Vorgange keinen Anlaß, Misstrauen gegen die Oberrechnungskammer zu hegen. Alten ist, mentalisch. War Friedrich der Große deshalb ein schlechter Feldherr, weil er in einigen Fällen so getötet hat. Ich halte die Sache für erledigt und kann nur hoffen, daß in Zukunft eine derartige Angelegenheit, die mehr eine Körnerkiste ist, nicht mehr in solcher Weise aufgebaut wird.

Abg. Schäfer: Ich sehe sich, daß der Finanzminister nichts zurückgenommen habe. Wer den Bericht über die Erste Kammer liest, muß zugreifen, daß dort die Sache objektiv geprüft worden ist. Man kann die Sache nicht damit abtun, daß man erklärt, es handle sich um einen Vorbericht. Auch ein Soldat darf kein falsches Bild geben. Ich gebe zu, daß kein Anlaß bestiegt, der Oberrechnungskammer das Vertrauen zu versprechen; aber es darf die Sache doch nicht so dargestellt werden, als habe die Erste Kammer gewußt, daß sie gehe.

Allerdings werden, da sich niemand mehr zum Wort melbet, die bei Kapitel 88 vorgelegten Überzeichnungen in Höhe von 723 M. einstimmig bewilligt.

Es folgt die Verhandlung über den Bericht der Geschäftsbereitstellung über den Entwurf eines Gesetzes, die Oberrealschulen betreffend.

Abg. Röhlmann (Berichterstatter) fügt dem bereits vorliegenden Sachverständigen Berichte noch längere mündliche Ausführungen bei, durch die er nachweisen will, daß heute neben den humanistischen Gymnasien auch die Realgymnasien ihre Berechtigung haben. Seine Lehraufträge könnten nebeneinander bestehen. Die Oberrealschulen hätten die Aufgabe, die Realhauptschulen zu ergänzen und das Studium zu einem höheren Abschluß gelangen zu lassen als bisher.

Kultusminister Dr. Beck: Seine Ausführungen in der Ersten Kammer über die Oberrealschulen hätten ihm verschiedene Angriffe in der Presse eingebracht. Ein Teil habe behauptet, er habe den humanistischen Gymnasien Unterricht gegeben, andere wieder, er werde die Oberrealschulen hochmütig behandeln. Keins von beiden sei richtig. Es sei untersucht worden, ob den Realhauptschulen die Stenographie als Unterrichtsfach eingeschlossen. Er habe dagegen aber bestanden. Man werde dann untersuchen, wenn man die Stenographie als wahlfreies Unterrichtsfach, der jetzt schon von 80 Prozent der Schüler in einem jährlichen Studium zugelassen ist, auf Schwerpunkten. Es sei das nicht unmöglich gemacht werden, aber die Oberrealschulen sollen nicht dazu führen, den Anfang zum juristischen Studium, der jetzt ein großer Teil ist, zu vermehren. Schon jetzt ist das Angebot der Juristischen Fakultät als die Nachfrage, es nehme daher die Zahl der Praktikanten in Sachsen unverhältnismäßig stark zu. Es könne daher nicht die Aufgabe der Regierung sein, die Zahl der Juristen zu erhöhen; es solle vielmehr darauf geachtet werden, die Qualität zu heben. In welcher Weise und unter welchen Umständen ein Übergang von den Gymnasialen zum juristischen Studium zugelassen sei, soll späteren Erörterungen vorbeihalten.

Abg. Schäfer: Das ein Bedürfnis nach Errichtung von Oberrealschulen vorliege, ist nicht zu beweisen. Das erlebt man daraus, daß viele kleine Städte wie Meissen eine Oberrealschule einrichten. Es sollte nur wünschen, daß die Regierung solchen Selbstredungen der Praktikanten die Unterstützung nicht verleihe. Bedenklich ist, daß bezüglich der Zustellung zum juristischen Studium die höchsten Oberrealschulen unzureichend gestellt werden sollen wie die preußischen.

Abg. Göttsche: Ich halte es für besser, daß mit der Errichtung von Oberrealschulen die Zahl der höheren Schulen noch vermehrt werde. Es sei, daß hier eine Zukunftsfrage erfolge. Doch halte ich Oberrealschulen auch für nötig.

Abg. Bär bestimmt sich darüber, daß in den höheren Schulen die Praktikanten erfordert werden sollen. Darauf werde den unten stehenden Ziffern entsprechend und weiteren Rücksicht mindestens große Sicherheit gegeben.

Nach längerer weiterer Debatte, an der sich die Abg. Gleißberg, Oppitz, Höhnel, Häfner, Oppitz, Enke und der Kultusminister beteiligen, wird der Berichterstatter nach der Vorlage angenommen und nach den Anträgen der Deputation beschlossen: "Die Regierung zu erlauben, die Berechtigungen der Oberrealschulen in möglichster Übereinstimmung mit denen in Preußen zu regeln und entsprechende gesetzliche Bestimmungen und Verordnungen bald aufzugeben."

Es folgt die Beratung über Kapitel 88, Kultusministerium.

Abg. Hettner fragt an, wie sich die Regierung zum höheren Frauenestudium, insbesondere zur Errichtung von Mädchengymnasien stellt, die Sache sei sehr erträglich.

Abg. Günther bedauert, daß bei dem Kultusrat nicht bis von ihm gestellte Anträge zum Schulwesen mit zur Debatte gestellt werden seien.

Abg. Kühnert erklärt, daß er sich bezüglich des Frauenestudiums ganz auf den Standpunkt stelle, den der Kultusminister in der Ersten Kammer eingenommen habe.

Abg. Rühlmann bedauert, daß man die Frage des Frauenestudiums,

die doch sehr wichtig sei, in so späte Stunde in Angriff nehmen wolle. Es müsse besonders wünschen, daß der Minister nicht beste, sondern später bei besser belebtem Hause zu der Sache Stellung nehmen.

Kultusminister Dr. Beck: Auf die Gunstheiligen Anfragen und Anträge wurde er in etwa 14 Tagen bereit, je zu antworten. Beziuglich des Frauenestudiums ließ er allerdings auf dem Standpunkt, daß das eigentliche Gebiet der Frau das Haus sei, dagegen verzichten, er nicht, daß die Mädchen, die keine Gelegenheit zur Bereicherung haben, die Möglichkeit des höheren Studiums erhalten müßten.

Das wollte er aber nicht auf dem Wege erreichen, den sein Vorgänger verfolgt habe, er diente vielleicht zunächst an einen Ausbau der höheren Töchterakademien, denen diese Klassen aufgestellt werden sollen. Auf diese Weise werde sich eine Erfüllung der Wünsche erreichen lassen. Die gegen ihn erhobenen Vorwürfe, er sei in der Frage des Frauenestudiums revolutionär, kein völlig unberührbar. Aber das Bedürfnis nach dem Mädchengymnasium sei nicht so groß, daß es notwendig sei, noch in diesem Vorabtage eine Gelegenheitsvorlage über die Regelung des höheren Mädchengymnasiums vorzulegen. Auf die verschiedenen, in der Presse gegen ihn erhobenen Vorwürfe erwähnt er, daß er bereits erklärt habe, ein Freund der Kirche und der Schule zu sein. Der Kultusminister, der eine andre Stellung einnehme, würde keinen Beruf vertreten haben und nicht würdig sein, das Amt zu bekleiden.

Nach weiterer Debatte wird bei Kapitel 88 die Einnahme mit 5600, die Ausgabe mit 353 557 M. genehmigt.

Der folgende Punkt betrifft Kapitel 89, Evangelisch-lutherisches Landeskonsistorium.

Vizepräsident Dr. Schill weiß darauf hin, daß die Landeskonsistorie eine Interpellation einiger Bestimmungen § 81 des Kirchengeiges beschlossen habe, die ihm bedeutend erscheinen und zu einem einheitlichen Glaubensbekenntnis bei Kirchenvorstandswahlen führen müsse.

Kultusminister Dr. Beck hat die Gedanken Schills für übertrieben, Gedanken braude sich dadurch niemand von der Beteiligung an Kirchenvorstandswahlen abhalten zu lassen. Die Angelegenheit sei überließ eine Sache des Kirchen-Regiments.

Abg. Günther: Die beanstandete Ausweitung des Kirchengeiges sei ein Ausfluss orthodorer Gehirn. Danach müsse man vor Ausübung des Wahlrechts bei Kirchenvorstandswahlen kirchlich ein Glaubensbekenntnis ablegen. Dadurch werde man nur erreichen, daß die Beteiligung an Kirchenvorstandswahlen noch schwächer werde als bisher. Das müsse er im Interesse der Gemeinden bedauern, denen daran geladen sein müsse, Einsitz auf den Kirchenvorstand zu erhalten, weil die Gemeindeverwaltungen auf die kirchlichen Ausgaben keinen Einfluß haben.

Abg. Goldstein: In den Streit der Kirchenväter wollte er sich nicht mischen. (Herrn!) Ich kann nur sagen, wer einmal auf dem kirchlichen Standpunkt steht, der muß auch die Konsequenzen ziehen. (Geißler bei den Konser.) Dies gilt, was Ueffing gesagt hat: entweder man ist atheist oder Christ. (Glaubenszeugnis redig.) Mit diesem Kirchlichen Glaubensbekenntnis ist es wie mit dem Bürgerrecht. Er wird gelebt wie anders politische Idee auch. Aber man weiß auch, daß viele, die den Bürgerrecht gelebt, die Gemeinden gebrüderlich hielten. Ueffing wird die angefochtene Auslegung des Kirchengeiges zur Folge haben, daß umfangreiche Kirchtreite und der Kirche erfolgen.

Abg. Oppitz erklärt, daß die Angelegenheit nicht zu den Befragungen der Stände gehört.

Abg. Dr. Schill: Der Standpunkt des Abg. Goldstein habe große Feindseligkeit mit dem gewisser katholischer Geistlicher, die sagen, was einmal in der Kirche ist, muß alles widersetzen.

Nach weiterer unerheblicher Debatte wird bei Kapitel 89 gegen die Stimme des Generals Goldstein die Einnahme mit 220 M. die Ausgabe mit 144 744 M. genehmigt.

Ohne Debatte wird sodann bei Kapitel 90, Katholische geistliche Behörde, die Einnahme mit 1100 M., die Ausgabe mit 4020 M. genehmigt.

Der letzte Punkt betrifft Kapitel 93, Evangelische Kirchen. Einnahme sind Einnahme 108 150 M., die Ausgabe 3 033 322 M. Eine erhebliche Ausgabensteigerung ist durch die erhöhten Zuwendungen für Geistliche entstanden.

Abg. Seidler plädiert für Übernahme der Geistlichkeitgehälter auf den Staat. Der jetzige Zustand sei verbesserungsbefriedigend. Besonders sollten die Alterszulagen für Geistliche in vollem Umfang vom Staat getragen werden.

Abg. Seehaus: Es sei über die angelegte Frage noch eine Vorlage zu erwarten.

Kapitel 93 wird nach der Vorlage gegen eine Stimme bewilligt.

Nächste Sitzung Freitag 10 Uhr. Lagebericht: Einige Kapitel des Gesetzes und des Rechenschaftsberichtes.

Schluss der Sitzung, die um 5 Uhr begonnen hatte, nach 11 Uhr.

Deutscher Reichstag.

115. Sitzung. Mittwoch den 4. März, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesstaat: v. Behrmann-Hollweg.

Präsident Graf Stolberg dankt für den schönen Blumenstrauß, mit dem man zur Feier seines 58. Geburtstages den Präsidialstift geschmückt hat.

Die sozialpolitische Generaldebatte wird fortgesetzt.

Abg. Kampf (frei. Volksp.) ist wenig begeistert von der Idee einer Außenhandelsstelle, für die sich gestern Herr Dr. Stresemann begeistert hat. Redner bedauert, daß Kurtiwillow den freien Handelsvertrag im preußischen Abgeordnetenhaus so schroff abgelehnt hat und bittet dringend um Belehrung der Bestimmung, die die unentbehrliche Krankenhausbehandlung, sogar die für Familienangehörige, den Empfänger des Wahlrechts berechtigt. (Beif. v. Kreis.)

Staatssekretär des Innern v. Bethmann-Hollweg behält sich vor, auf die vom Vorsitzenden gestellte angeforderte Frage in den nächsten Tagen zurückzukommen. Gegen die Wiederberatung in den Sitten und Gewohnheiten hat der preußische Handelsminister Bestimmungen vorbereitet, die jedoch zunächst dem Urteil der Arbeitnehmer und Arbeitgeber unterstellt werden sollen. Die Deutschr. über die Verjährungen der Privatangestellten wird offiziell im Laufe des nächsten Monats der Öffentlichkeit übergeben werden können.

Dann wird es Zeit sein, uns über die Einzelheiten dieser Verjährungen zu unterhalten. Ein Zurückziehen des Hilfsangebotes ist nicht befürchtigt. Bei der allgemeinen Revision der Arbeiterversicherung wird eingehend die Stellung der freien Hilfsstellen zu prüfen sein. — Erhebungen, die ich habe veranstaltet haben, haben einen erfreulichen Rückgang des Invaliditätsalters der Bergarbeiter, aber auch des Invaliditätsalters überhaupt ergeben. Zugangs Preußen ist in den letzten 20 Jahren das Invaliditätsalter von 49 auf 44,7 Jahre zurückgegangen. (Vielstimmig hört, hört, hört.) Es ist notwendig, die Ursachen dieses Rückgangs festzustellen. — Redner wendet sich nunmehr dem Entwurf über die Arbeitskammern zu und bestreitet zunächst, daß irgendwelche Bestimmung der oberhessischen Regierung vorliege. — Der Entwurf über die Arbeitskammern ist als Produkt des Schatzmachertums bezeichnet worden. (Gesetz b. d. Soz. Soz. richtig! und: Nicht nur von uns!) Der Entwurf soll vom Zentralverein (jetzt zum Unterstaatssekretär) verabschiedet werden: Wie heißt doch die Organisation? (Lauten b. d. Soz. und zweite: Zentralverband), also richtig, vom Zentralverband deutscher Industrieller verabschiedet sein. (Leibn. Soz. richtig! b. d. Soz.) Man hat behauptet, die Reichsverwaltung stehe wieder einmal gänzlich unter der Patrone des Arbeitgeberverbands. (Lautet Soz. mehr b. d. Soz.) Das kommt mir nicht zu. (Soz. rechts, Lauten b. d. Soz.) Das Vorschriften treffen mich nicht und lassen mich falt. Ich fühle mich altheilig zu informieren. (Bravo! rechts, Lauten b. d. Soz.)

Die Arbeitskammern sind im Einstrom mit der Förderung der großen Reichslandschaft als partizipative Institution gedeckt. Sie sollen im weitesten Sinne der Vertretung der sozialen hohen Interessen der Arbeiterschaft dienen, nicht nur in allen Fragen, die sich aus dem Arbeitgeberamt ergeben, sondern auch in allen jenen Dingen, die irgendwie das Arbeiterschaftsinteresse berühren; ich denke an Wohnschaftseinrichtungen, Wohnungswesen, Spitäler, Bibliotheken usw. Nach fortwährenden Erwähnungen des Für und Wider haben wir die berufliche Organisation der Arbeitskammern ihren Vorzug vor der territorialen gegeben. Territoriale Arbeitskammern mit lokalen Unterabteilungen wären mir in den großen Industriezentren möglich gegeben. Es wird vielleicht später möglich sein, in den großen Industriezentren, wo mehrere Arbeitskammern stehen, sich einzufinden, die gemeinsame Ausübung des Instituts der Arbeitskammern. Über das Vorrecht der Beisitzer in den Versicherungsstellen wird sich ja reden lassen. Man glaube ja nicht, daß es der Regierung darauf ankommt, in den Staaten Rechte zu haben, die zu allem ja und Allem sagen. Dann hätte die ganze Institution ja gar keinen Zweck. (Soz. wahre! b. d. Soz.) Die Kostenfrage ist heikel, denn eigentlich müßten zu einer partizipativen Organisation doch auch die Arbeitgeber beitragen. (Soz. richtig! rechts und b. d. Soz.) Die Anlehnung an die Berufsgenossenschaften würde ich mir keineswegs als eine klärende Radierung, lieber die Zahl der Arbeitskammern für die einzelnen Berufe auf, wobei sich erst der Bundesrat selbstig zu machen haben. Ich weiß nicht, warum man es tutet, daß die Arbeitskammern die Hälfte der Arbeitgeber wählen sollen. Die Regierung rechnet mit einer freien Ausübung des Instituts der Arbeitskammern. Über das Vorrecht der Beisitzer in den Versicherungsstellen wird sich ja reden lassen. Man glaube ja nicht, daß es der Regierung darauf ankommt, in den Staaten Rechte zu haben, die zu allem ja und Allem sagen. Dann hätte die ganze Institution ja gar keinen Zweck. (Soz. wahre! rechts.) Die Kostenfrage ist heikel, denn eigentlich müßten zu einer partizipativen Organisation auch die Arbeitgeber beitragen. (Soz. wahre! rechts und b. d. Soz.) Die Anlehnung an die Berufsgenossenschaften würde ich mir keineswegs als eine klärende Radierung, lieber die Zahl der Arbeitskammern für die einzelnen Berufe auf, wobei sich erst der Bundesrat selbstig zu machen haben. Ich weiß nicht, warum man es tutet, daß die Arbeitskammern die Hälfte der Arbeitgeber wählen sollen. Die Regierung rechnet mit einer freien Ausübung des Instituts der Arbeitskammern.

Abg. Frischert u. Kampf (Böhmen-Mähren): Sozialpolitisches Automobiltempo machen wir nicht mit. (Bravo! rechts.) Die Überhaltung der Sozialpolitik erregt den befreudeten Unwillen der Unternehmer. (Bravo! rechts.) Graf Polobovski hat keine Macht, aber er hatte julepi die Fühlung mit dem praktischen Leben und momentlich mit dem Wohlstand verloren. (Glaubung rechts.) Dem Wunsche des Abg. Kampf, daß Armeunterstützung und Krankenhausbehandlung nicht vom Wahlrecht ausklammert werden, folgieren wir uns an. — Hier ist über Arbeitslosigkeit gelegt worden. Auf dem platten Lande gibt es keine Arbeitslosigkeit. (Bravo! rechts.) Schutz der Arbeitswilligen ist dringend nötig. (Lautet Bravo! rechts.) — Es wird viel zu viel gebraucht in der Welt. Auch die Nebelaus ist man zu eingehend behandelt. (Herrlichkeit.) Dringend notwendig ist es, die sozialdemokratische Herrschaft über die Krankenanstalten zu breiten. (Bravo! rechts.)

Die preußische rechte nachdrücklich dem Redner zur Ordnung weil er von der "Arbeit" des Bundesrats bei Erlass der Verordnung für das Handwerk geworben hat.

Abg. Fr. v. Kampf: Das Wort bekommen Sie nicht. Sie können schriftlich protestieren.

Abg. v. Kampf: Ich wollte ja nur den Vorwurf zurücknehmen. (Große Herrlichkeit.)

Abg. Raab (wirkt. Vereinig.): Ansetzt Mittelstandsmäßliche und verlangt größere soziale Fürsorge für Seelen und Hafenerwerbe und Sonntagsrente für Binnenschiffer. (Vielfache Zustimmung.) Auch den schwer arbeitenden Koblenzerninern sollte man möglichste Gleichstellung zuteil werden lassen. Die Wohne auf den deutschen Schiffen sind bedenklich niedriger, als auf englischen und amerikanischen Schiffen. (Hört, hört!) Auch die Kapitäne erheben seit Jahren eine Reihe bisher unerfüllter Forderungen. Man sollte endlich mit dem funktionslosen Kompt um das blaue Band aufhören und das wohlverdiente Gehalt in diesem Nebel unterstellen. Auch sollte man dem englischen Beispiel mit der Zielladung folgen. — Redner befürchtet Neuerungen baldig über die noch vermehrten Fahrgeschwindigkeiten der Schiffe und möndet ein Reichsleistungsamt. (Bravo! bei der wichtigen Vereinigung.)

<

Für die Hälfte der früheren Preise

werden jetzt sämtliche noch vorhandenen Waren aus der

Konkursmasse

Fleischmann's Warenhaus ausverkauft.

Es sind noch vorhanden:

**Herren-Wäsche - Damen-Wäsche - Kinder-Wäsche
Strümpfe - Handschuhe - Kurzwaren - Manschetten
Kragen - Stiefel - Gardinen - Häubchen - Mützen usw.
Spielwaren - Emaille - Küchengeräte.**

50% Rabatt auf alle
früheren
Preise.

Pillnitzer
Ecke Cranachstr.
Otto Heinemann.

Achtung!

Schuhfach... Pf. von 60-70 Pf.
Gummischleife... Pf. 60-70 Pf.
polsterfrei... Pf. 70-80 Pf.
Gummischleife... Pf. 60-65 Pf.
Schuhfach... Pf. 70-85 Pf.
Z-pof. rot. Knat... Pf. 70-75 Pf.
Gum. gerändert... Pf. 80-90 Pf.
Schuhe... Pf. 70-85 Pf.
Schuhfach... Pf. 60-75 Pf.

Markthalle Antonsplatz
Stand Nr. 6.

Anna Krebs.

Würmer verschwinden sofort

bei Erwachsenen wie bei Kindern, wenn man jeda. 3 Tage lang

Klepperbeins Spulwurm-Kraut

Val. 25 Pf. nimmt, 1 cm ein Löffel Nachschlürf gegeben werden soll. Eher man gebe den Kindern z. A. beim Zerkleinern etwas Nachschnuppern z. Schutz. 25 Pfennige.

C. G. Klepperbein

Dresden, Bruckstraße 14.

Für Wiederverkäufer!

Oster- u. Konfirmationsfärden
mit Verlagstaat Fr. Knauf
Wohltreuer 12, Dresden 1.

Verkaufen Sie

Smalskraa

Marie

Ungewitter

Gebr. Ungewitter

Spanien u. 29.

Tabak- und Zigarettenfabrik

Wagnleiter 1815.

Verkaufen Sie

Voraltete Ausflüsse

der Harnröhre

behandelt gewissenhaft

naturgemäß

sowie das letzte Widerstreben

Friedrich Helmberg

Anwaltsturnier

Dresden, Bruckstraße 14.

Schuhwaren

über Art für Herren, Damen u.

Kinder, sowie im Konkursmase

in leichter Bezahlbarkeit zu kaufen.

Rob. Jänicke in Wurzwick 10.

Mitglied des Rates-Spa.-Ferd.

Mittelfleisch 60-70 Pf.

Schwinefleisch 65-75 Pf.

Jeden Tag und Sonntags-

Leben. Wurstbutikrae 21.

Kinderwagen, Sportwagen

mit billiger Art in großen Stück-

gekauften. Ullengasse 8, Pf.

Lassen sie sich hängen

meinen Sie nur mit Unter den
kunstvollen Magier, der viel billiger
ist, besser als alles andere in! Höchst
Nahmen! Nebenall z. haben, Violett.

Tanzlehr-Stunden

jeden Sonnabend, abends von 7 bis 10 Uhr

24 König-Albert-Strasse 24

einer, prachtvoller großer Saal.

Es werden gelebt: Polka, Walzer, Rheinländer, Kreuzvolks, Militärpolka, Tirolyschen, Befreiungswalzer, Menettwalzer, Neuer Rheinländer, Rosen-Rheinländer, Schlittschuhländer, Tirolerische, Polka-Mazurka und Konter.

Jeder Lebungsabend wird mit 50 Pf. bezahlt.

Ergebnis: G. Töppner, ständig geprägter Lehrer der hohen Tanzkunst.

Fachzeitung am Flache.

Niederbetteln auch Amalienstr. 12 | Alte Eiche Fleisch-Götze Reinigungstr. 11.

4. Klasse 153. A. S. Landes-Lotterie.

Die Gewinne, welche werden im Rahmen vertheilt, sind mit 300 Pf. bezahlt werden. (Eine Urkunde ist erforderlich.)

Ziehung am 4. März 1908.

600000 Et. 200000. Braun-Würfel, Grapla.

200000 Et. 100000. 200000. Bierbrauerei, Bierbrauerei.

100000 Et. 50000. Braun-Würfel, Grapla.

50000 Et. 25000. Braun-Würfel, Grapla.

600000 Et. 100000. Braun-Würfel, Grapla.

100000 Et. 50000. Braun-Würfel